Freitag, 24. Juni 1932
Nr. 142. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Proletarierfest gegen Faschismus!
In öffentlicher Versammlung der SAP Groß-Berlin spricht Jacob Walcher Freitag, 24. Juni, 20 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße, über das Thema
SPD- und KPD-Führung sabotieren die Einheitsfront — Was ist zu tun?
Unkostenbeitrag 20 Pfennig — Erwerbslose 10 Pfennig

A 1

Für einheitliche Abwehr

Nazi-Provokationen im ganzen Reiche!

Breslau, 23. Juni 1932.

(Sonderbericht der „SAZ")

Die Breslauer Arbeiterschaft hat in den letzten Wochen wirkungsvolle Kundgebungen gegen den Naziterror veranstaltet. Der Sozialistische Schutzbund und die SAP-Mitglieder gemeinsam mit den Kommunisten und einzelnen Reichsbannerkollegen hatten daher die Initiative ergriffen. Jetzt haben die Nazis zu einer Racheaktion ausgeholt, die unter der ganzen Breslauer werktätigen Bevölkerung ungeheuere Erregung ausgelöst hat.

Mittwochabend war mit Pogrom-Ankündigungen ein Goebbels-Referat in der Jahrhunderthalle angesetzt. Auf den Einladungen prangten antisemitische Hetzüberschriften. Beschwerden der Bevölkerung wurden von der Staatsanwaltschaft unterdrückt. Die SA demonstrierte trotz des Verbotes zur Jahrhunderthalle. Eine Gegenkundgebung der Arbeiter war verboten. Auf dem Wege bereits kam es zu Zusammenstößen. In der Nähe des Gewerkschaftshauses, das die Arbeiter schützten, wurden von einem Nazi zwei Arbeiter über den Haufen geschossen. Den Mordhelden ereilte gerechte Strafe.

Nach einer wilden Hetze in der Kundgebung, wo Feder und der Mörder Heines sprachen, zogen die Nazis bei ihrer Beendigung durch die Stadt in die westlichen Arbeiterviertel, wiederholt wild um sich schießend. Da sich immer mehr Arbeiter gegen die Provokationen ansammelten, forderte der Anführer des Nazisturmtrupp, der Mordbandit Heines, unter der Androhung, sonst mit der SA die Straßen zu räumen, von der Polizei die Vertreibung der Arbeiter. Diesem Druck wich die Polizei und befolgte den Nazibefehl. Zahlreiche Ueberfallautos der Polizei griffen später zum Schutz der Nazis im Nordteil von Breslau ein.

Wir erfahren, daß die Strafexpedition der Nazis gründlich vorbereitet war. An 3000 SA-Leute waren aus Schlesien zusammengezogen und erschienen feldmarschmäßig ausgerüstet in den Breslauer Straßen. Am Donnerstag wurde der Naziführer Brudny unter Mordverdacht verhaftet. Er gehörte früher dem RFB an und wurde wegen Unterschlagung aus der KPD ausgeschlossen.

Die Breslauer Arbeiterorganisationen bereiten eine gemeinsame Protestkundgebung vor.

Selbst die Reichsbannerleitung war gezwungen, sich den Protesten anzuschließen — sie telegraphierte an Hindenburg und Herrn von Gay! gegen die „unerhörte Aufpeitschung der Leidenschaften". Sie legt Verwahrung gegen die Entfesselung dieser Leidenschaften ein und verlangt „Geltendmachung und Durchsetzung der vorliegenden Bestimmungen". — Die Protektoren der Mordbanditen sollen ihnen wohl das Handwerk legen!

Berlin, 23. Juni 1932.

Knapp drei Wochen Regierungskunst, der von Hindenburg unter Verfassungsbruch eingesetzten Papen-Diktaturregierung der Generäle, Junker und IG-Farben-Leute haben genügt, um eine Situation zu schaffen, die man nicht anders als den Vorabend des Bürgerkriegs bezeichnen kann. Die Schläge der Hungerpeitsche der Notverordnung und die Entfesselung des Mordterrors der Nazibanditen durch Aufhebung des SA-Verbotes haben unter den geschundenen Millionenmassen des werktätigen Volkes eine Erbitterung und eine wachsende Selbstverteidigungsstimmung ausgelöst, die in allen Bezirken Deutschlands sich Luft zu schaffen beginnt. Ueberall in Berlin, Breslau und Köln, in Düsseldorf, beantworten die Arbeiter ihre Unterdrückung und die gleichzeitige Pro- [illegible] Nazaprovokationen mit Selbsthilfe- [illegible] tionen. In Berliner Arbeitervierteln, ebenso wie im rheinischen Industrierevier, in Breslau, ebenso wie im Süden des Reiches erhebt sich der Widerstand. Ohne zentrale Führung kämpfen verzweifelte Arbeitslose und bedrängte Proletarier um die Straße.

Gleichzeitig mit den blutigen Provokationen der Nazis ist eine infernalische Hetze der Provokateure gegen ihre Opfer verbunden. In Breslau tobt der Mordbandit Heines und kündigt zynisch an, daß in einem Monat nur noch die SA marschieren werde. Im Rheinland beschließen die Provokateure eine Kundgebung an die Rollkommandos ihrer Nazifraktion im Preußischen Landtag, — verlangen von diesen die Proklamation der Mordfreiheit unter dem Vorwand des Notwehrrechtes, hetzen gegen angeblich im Ruhrgebiet anwesende Sowjetfunktionäre und verlangen die Intervention bei der Sowjetregierung. Mit dem Ruf „In den Berliner Straßen schlachtet man SA-Leute", wird im Preußischen Landtag die Bluthetze betrieben, während in den Berliner Straßen der entfesselte faschistische Pöbel sein blutiges Handwerk vollführt.

Und was geschieht zur Abwehr? — Die getreue Opposition des Herren Hindenburg, seine Wahlmacher vom 10. April, überschütten ihn mit Protesttelegrammen, schicken Abordnungen zu den Regierungskompagnons der Nazimeute, die nicht empfangen werden, die großartige süddeutsche Rebellion klappt zusammen und verspricht, sich der Zentralgewalt zu fügen — und dies alles, während das erwachende Mördergesindel sich in den Straßen in einer Orgie austobt.

Soll es weiter so gehen, daß gegen die isolierten Abwehrversuche von Teilen der Arbeiterschaft die organisierte Hetze des Faschismus, die brutale Verfolgung der republikanischen Polizeihelden, unterstützt vom feigen antibolschewistischen Alarm der reformistischen Redaktionen, und vom sektiererischen Verrätergeschrei der Ultralinken sich austoben darf? Soll es weiter so gehen, daß die bis aufs äußerste gereizten einzelnen opferwilligen Arbeiter in einem wahren Winkelkrieg vom Bürgerkriegsapparat mattgesetzt werden, während Hunderttausende und Millionen auf den Ruf zur einzig wirksamen, zur gemeinsamen **Massenabwehr warten?**

Naziüberfall auf antifaschistische Studenten in Frankfurt a. M.

Nachdem am Dienstag, dem 21. Juni, die Nationalsozialisten in der Frankfurter Universität von den antifaschistischen Studenten für ihr provozierendes Auftreten eine entsprechende Antwort bekommen hatten, alarmierten sie zu Mittwoch ca. 300 uniformierte nichtstudentische SA- und SS-Leute, die sich an den Eingängen der Frankfurter Universität sammelten. Schon in den frühen Morgenstunden wurden die Nazis bereits an den verschiedenen Aufstellungsplätzen gesehen, wo sie sich Zugweise sammelten. Die Zusammenziehung der SA- und SS-Leute war die größte Provokation der Faschisten an der Frankfurter Hochschule, die als eine der wenigen Hochschulen eine größere Zahl antifaschistischer Studenten aufweist. Die nationalsozialistischen Studenten zogen sich unter die Obhut ihrer SA- und SS-Staffeln zurück, pöbelten vor der Universität antifaschistische Studenten an und besetzten um 11 Uhr das Hauptportal der Universität. Nazi-Studenten hielten unter dem Schutz ihrer Leute Reden, worauf die Hakenkreuzler ihre Lieder anstimmten.

Inzwischen sammelten sich die antifaschistischen Studenten — SPD, SAP, KPD und parteilose — zu ihrer regelmäßigen studentischen Zusammenkunft in den Universitätshallen und zogen auf die Provokation der Nazis hin zur Universitätsrampe. SS- und SA-Leute, alles Nichtstudenten, hielten diese Rampe besetzt. Die Nazis wurden von den antifaschistischen Studenten zurückgedrängt, gegen den Heulgesang der Nazis wurde die Internationale angestimmt. Hierbei sei festgestellt, daß der Pedell der Universität, Wagner, der sich nachweislich als Nationalsozialist betätigt, den Versuch machte, die Namen antifaschistischer Studenten festzustellen. Während dieser Vorgänge auf der Rampe stellten sich auf dem Hof innerhalb der Universität trotz bestehenden Verbotes ungehindert ca. 50 uniformierte SA- und SS-Leute auf. Auf gegebenes Signal stürzte auch diese Abteilung durch den inneren Eingang in das Universitätsgebäude. Die Horde ging ebenfalls auf die schon stark bedrängten antifaschistischen Studenten mit Koppeln, Riemen und Totschlägern los. Nach heftiger Gegenwehr mußten die Studenten schließlich der Uebermacht der eingedrungenen SA- und SS-Leute weichen. In diesem Kampfe standen 70 antifaschistische Studenten gegen 3—400 bewaffnete Nazis, da die antifaschistischen Studenten nur in einer geringen Zahl und völlig unvorbereitet versammelt waren. Auf seiten der angegriffenen antifaschistischen Studenten gab es neun Verletzte, darunter zwei Schwerverletzte, die ins Krankenhaus übergeführt werden mußten. Alle Verletzungen stammen von Hiebwaffen.

Ganz besonders sei festgestellt, daß das Rektorat der Universität, das die Möglichkeit hatte, die Vorgänge am Mittwoch zu vermeiden, allem ruhig zugesehen hat, ja darüber hinaus den Versuch machte, die antifaschistischen Studenten an der Abwehr zu hindern.

Die Forderungen der gesamten antifaschistischen Studentenschaft

Veranlaßt durch diese Vorgänge hat sich die antifaschistische Studentenschaft zu einem einheitlichen Kampfkomitee zusammengeschlossen. Folgende Forderungen wurden einstimmig angenommen:

1. Die sozialdemokratischen, kommunistischen und SAP-Studenten, sowie die gesamte freiheitliche Studentenschaft Frankfurt am Main stellt an das Rektorat die Forderung, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Vorfälle an der Universität ein für allemal unterbunden werden.

2. Die antifaschistischen Studenten fordern genaue Feststellung, inwieweit Mitglieder der Universitätsbehörde an dem Vorfall Schuld tragen, bezw. sich einseitig für die Nazis betätigt haben. Sollte das Rektorat es weiterhin verabsäumen, der großen antifaschistischen Studentenschaft Frankfurts nicht die nötige Studienfreiheit zu gewährleisten, sehen sich die antifaschistischen Studenten gezwungen, sich vor Naziüberfällen innerhalb der Universität mit allen Mitteln zu verteidigen.

3. Die antifaschistische Studentenschaft weiß, daß die gesamte Arbeiterschaft die nötige Abwehrkraft gegen den Faschismus ist. Sie fordert die Arbeiter aller Parteien in der einheitlichen antifaschistischen Front auf, ihr Augenmerk auf die Universität Frankfurt zu richten, um gegebenenfalls in einer gemeinsamen Aktion mit den antifaschistischen Studenten dem Hakenkreuzterror der Nazis ein Ende zu bereiten.

Die antifaschistischen Studenten rufen zu einer

Massenkundgebung am Montag

dem 27. Juni, 20 Uhr, im großen Saal des Zoo und im großen Saal des Volkbildungsheims auf.

Nazikrach auch in Stuttgart

TU. **Stuttgart** 23. Juni 1932.

Der Württembergische Landtag sollte am Donnerstag nachmittag zu einem kurzen Tagungsabschnitt zusammentreten. Gleich nach Eröffnung der Sitzung nahm der Zentrumsabgeordnete Bock das Wort zur Geschäftsordnung, um eine Vertagung der Sitzung zu beantragen. Er begründete diesen Antrag damit, daß die nationalsozialistischen Abgeordneten in ihrer Parteiuniform erschienen seien. Das sei eine Herausforderung der Mehrheit des Parlaments. Der nationalsozialistische Fraktionsführer, Abg. Murr, berief sich darauf, daß das Uniformverbot aufgehoben sei und im Parlament niemand vorgeschrieben werden könne, in welcher Kleidung er zu erscheinen habe. Nach großen Lärmszenen wurde beschlossen, die Sitzung auf Freitag zu vertagen. Für den Vertagungsantrag stimmten das Zentrum, die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Sollen die Arbeiterorganisationen weiter von dem unfähigen Gestammel einiger Bürokraten, die auch in dieser Situation keine größere Sorge wie die Erhaltung ihres schwindenden Ansehens kennen, gegeneinander aufgestachelt, von der von unten her drängenden Bewegung zur Vereinigung in der Abwehr abgehalten werden?

Wir fordern den sofortigen Zusammentritt der Spitzen des ADGB, der SPD und der KPD zur Beratung über sofortige gemeinsame Massenprotestaktionen aller Arbeiterorganisationen gegen den weißen Terror und gegen die Durchführung der Notverordnungsdiktatur.

Wir fordern die einheitliche Zusammenfassung der Abwehrkräfte des Proletariats im ganzen Reiche.

Illusionsprogramm statt Kampf

ADGB und Afa-Bund veröffentlichen soeben „Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft", die der „Vorwärts" nicht nur begeistert als „Rettungsprogramm der Gewerkschaften" deklariert, sondern von denen er darüber hinaus noch erklärt: „Wer sich nicht wenigstens in den Hauptlinien und Grundforderungen zu ihm bekennt, der ist kein Sozialist, sondern treibt nur mit dem Namen Sozialismus parteipolitischen Mißbrauch." Das ist zumindest eine sehr kühne Schlußfolgerung, denn abgesehen davon, daß der „Vorwärts" nicht gerade als besonders kompetent in Fragen des Sozialismus angesprochen werden kann, wird in den Richtlinien der freien Gewerkschaften gar nicht der leiseste Versuch gemacht, den darin aneinandergereihten Forderungen den Charakter eines sozialistischen Programms zu geben. Wohl wird von der Notwendigkeit des Umbaus „der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft" gesprochen, aber die Aufhebung des Privateigentums und die Beseitigung des Lohnsystems, auf die ein sozialistisches Programm unmöglich verzichten kann, werden nirgends gefordert. Im Gegenteil, die Richtlinien setzen als selbstverständlich den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft voraus und sind einzig und allein darauf abgestellt, deren gröbste Auswirkungen zu dämpfen.

Mit aller Deutlichkeit erhellt dies schon aus dem 1. Abschnitt der Richtlinien, der die Ueberschrift: „Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft" trägt. Hier wird u. a. gefordert:

„Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig."

Abgesehen davon, daß dieses Verlangen keinerlei aktuelle Bedeutung hat, geht es von einer vollkommenen Verkennung des Charakters der gegenwärtigen Krise aus. Die Verfasser des Programms scheinen noch immer die seltsame Auffassung zu haben, daß wir in einem der gewöhnlichen Täler des kapitalistischen Konjunkturrhythmus stehen, während es doch offenkundig ist, daß für den Kapitalismus eine ganz andere Stunde geschlagen hat, da er nicht mehr in der Phase des Aufstiegs, sondern in der Phase seines Niedergangs steht. Uebrigens handelt es sich bei dieser Forderung um Illusionen, die den ganzen Weg des Kapitalismus begleitet haben, ohne daß sie einen praktischen Niederschlag gefunden hätten.

Die einschneidendsten Maßnahmen enthalten die beiden weiteren Abschnitte der Richtlinien, die als Hauptforderung die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, sowie „ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung" enthalten. Man kennt diese Ideenflüge. Sie sind schon in den Richtlinien vorweggenommen, die seinerzeit die Krisentagung des AfA-Bundes aufgestellt hat. Auf den ersten Blick nehmen sie sich als sehr radikal aus. Aber schon melden sich die Zweifel: ist das, was hier gefordert wird, nicht bereits im Zuge? Fällt dem Staat nicht gerade in der allerletzten Zeit ein noch vor kurzem für ganz unvorstellbar gehaltener Einfluß auf Handel und Wandel zu, und hat er seinen Einfluß nicht soeben auf einen andern großen Komplex der deutschen Industrie, den Stahltrust, ausgedehnt? Nein, an Akten der Verstaatlichung gebricht es zur Zeit bestimmt nicht. Wo immer ein Bezirk der Privatwirtschaft vor dem Ruin steht, wendet er sich aus eigenem Entschluß an den Staat und findet dort ein nur allzu williges Ohr. Aber ändert dies auch nur das geringste am Verlauf der Krise und werden neue Impulse geweckt? Das Gegenteil trifft zu: alle diese Maßnahmen verschlimmern nur das Uebel, weil durch sie die Funktionen der Krise lahmgelegt und im Gefolge auch die Staatsfinanzen zerrüttet werden.

Doch wir verstehen, wie die Forderungen gemeint sind: die einmal verstaatlichten Betriebe sollen — im Gegensatz zu der jetzigen Praxis — „zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden". Wer aber bestimmt dies? Es ist kein Witz, die Richtlinien antworten im Ernst darauf: „Der demokratische Staat? Pardon, verehrte Genossen vom ADGB und vom Afa-Bund, hat es sich bei euch noch nicht herumgesprochen, daß dieser dahin ist, daß von der Weimarer Verfassung nur noch der Artikel 48, vom Parlamentarismus nur noch ein sterbender Schatten besteht, ganz abgesehen davon, daß wirkliche Demokratie im Kapitalismus noch nie bestanden hat und auch niemals bestehen wird?

So ist dieses ganze Programm nichts anderes als eine in eine Unwirklichkeit projektierte Wunschliste, die weder Rettung bringt, noch auch nur einen Schritt näher zum Sozialismus führt. Die Realpolitiker haben die Flucht in das Irrende angetreten, und Aufgabe der freigewerkschaftlichen Kollegen wird es sein müssen, von der Leitung ihrer Organisationen ein aus der Wirklichkeit geborenes, wirklich über die Gegenwart hinausführendes Programm auszuarbeiten und dafür — und das ist das Entscheidende — auch von stundab den Kampf aufzunehmen. Denn was immer ein Programm enthalten mag: es gibt keines, das der Arbeiterschaft den Kampf ersparen kann.

Volksaushungerungs-Programm des Junkerkabinetts

Nachdem die Papenregierung durch ihre Notverordnungen den ohnedies schon halbverhungerten Millionen von Arbeitslosen, Kriegs- und Sozialrentnern die Hälfte ihrer Unterstützungen geraubt und den noch im Betrieb stehenden Proletarien Hunderte von Millionen neuer Steuerlasten aufgebürdet hat, kommt sie mit einem Agrarzollprogramm, das den Aermsten der Armen den letzten Bissen vom Munde wegstiehlt.

Der Reichsminister für Ernährung (schon dieser Titel ist eine Ironie, treffender wäre: Minister für Ernährungsraub) Freiherr von Braun hielt auf dem Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag eine Rede, in der er nach der Tel.-Union erklärte:

Ich habe Maßnahmen getroffen, die die Verwendung von ausländischem Brotgetreide auf das geringste Maß beschränken. Von einer Verlängerung der bis zum 30. Juni laufenden zollbegünstigten Weizenkontingente wird abgesehen.

Auf eine weitere Einfuhr zusätzlicher Roggenmengen wird verzichtet. Ich habe umfassende Maßnahmen eingeleitet zur Entlastung der Märkte, von der Warenseite her werde ich das Austauschexportverfahren für Weizen und Roggen in den nächsten Tagen in Kraft setzen.

Unerläßlich erscheint die Verhinderung der übermäßigen Futtergetreideeinfuhr. Für Getreidemengen, die eingelagert oder ausgeführt werden sollen, werden in großem Umfange Möglichkeiten der Bevorschussung oder der Beleihung geschaffen.

Die Vertragszölle für Rindfleisch, die niedrigen Zölle insbesondere für Speck und Schmalz verhindern eine für die Landwirtschaft erträgliche Preisbildung. Es ist notwendig, möglichst bald zu anderen Zollsätzen zu kommen, die uns auf dem Vieh- und Fleischgebiet in ausreichendem Maße vom Weltmarkt unabhängig machen.

Noch unmittelbarer als beim Vieh ist der Einfluß des Weltmarktes bei der Preisgestaltung für Milch und Molkereierzeugnisse. Trotz Neuregelung des Butterzolles sind noch immer starke Einfuhren vorhanden. Ziel muß sein, von diesen Weltmarktverflechtungen freizukommen. Ich sage hierfür die tatkräftigste Unterstützung des Reiches zu.

Weiter erklärte von Braun, daß die Gemüse- und Obsteinfuhr unterbunden werde.

Das bedeutet die restlose Erfüllung aller, auch der unverschämtesten Forderungen der Großagrarier. Eine unerhörte Teuerung, eine Verdoppelung und Verdreifachung der Preise für Brot, Fleisch, Gemüse usw. muß die Folge der Durchführung dieses Programms sein.

Es ist klar, daß Millionen von Proletariern, Sozial- und Kriegsrentnern diese Preise nicht bezahlen können und nach dem Willen dieser Regierung einfach verhungern sollen.

Aber auch die Masse der Kleinbauern wird durch dieses Programm stranguliert. Ihnen, die in großer Masse heute von Hitler das Heil erwarten, wird das für ihre Wirtschaft unentbehrliche Futtergetreide so maßlos verteuert, daß sie zum beschleunigten Bankrott treiben.

Die einzigen Nutznießer dieser Politik sind einige tausend bankrotte Großgrundbesitzer. Für diese Junkersippe allein will die dieser Kaste angehörende Adelsregierung das ganze Volk zum Verhungern bringen. **Ein Sturm der ganzen proletarischen Bevölkerung muß diese Volksausbeuter hinwegfegen.**

Was war auf der Länderkonferenz?

Sofort nach der Länderkonferenz begann in der Presse ein eifriges Rätselraten über deren Verlauf und die möglichen Folgen. Ein Teil der Presse beliebte es, so darzustellen, als ob die Länder südlich des Mains einen sehr geharnischten Protest deponiert und angedroht hätten, ihren Standpunkt in Sachen des Uniformverbots auf alle Folgen hin aufrechtzuhalten. In Wirklichkeit wird die von uns darüber gegebene Darstellung, wonach die Länder bereit sind, ihren Widerstand abzublasen und vor der Papenschen Hitler-Regierung die Segel zu streichen, in ihrem ganzen Umfang bestätigt. Darauf ließ auch schon der Konferenzverlauf schließen, über den der gut informierte „Berliner Börsen-Courier" folgende Darstellung gibt:

„Es ging in der Debatte zwar lebhaft zu, aber all die Drohungen, die man dem Innenminister zumutete, all die grundsätzlichen Widerstandsreden, die man von den Länderministern voraussagte, sind unterblieben. Es ging nicht „hart auf hart", es ging nicht auf „Biegen oder Brechen", es gab keine „Sturmzeichen", und von der Ankündigung eines Ausnahmezustandes war schon ganz und gar nicht die Rede."

Auch die „Berliner Börsen-Zeitung", die ihre Informationen unmittelbar an der Quelle schöpft und das Sprachorgan Schleichers ist, konnte nach Schluß der Konferenz feststellen:

„In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, hat man immerhin den Eindruck, als ob sich auch in Bayern allmählich der Einfluß der besonneneren und ruhigeren Elemente stärker geltend macht. Man beurteilt jedenfalls die Aussichten für ein Nachgeben der bayerischen Regierung im Augenblick wesentlich günstiger als etwa noch vor einigen Tagen."

Diese Auffassung hat nicht getäuscht. Zwar liegen von den einzelnen Ländern noch keine amtlichen Erklärungen vor, aber die „Münchener Zeitung", die der bayerischen Regierung sehr nahesteht, weiß bereits zu berichten,

„daß die beteiligten Länder freiwillig dem Verlangen des Reiches sich nicht fügen, daß sie aber der angekündigten neuen Notverordnung sich unterwerfen würden."

Die tönenden Worte, die gelegentlich von einzelnen Ländervertretern geführt werden, haben also nur die durchsichtige Bestimmung, den angetretenen Rückzug zu decken. Aus einer Fanfare ist eine Schamade geworden.

Nur die klassenbewußte Arbeiterschaft unter geschlossenem Einsatz aller ihrer Organisationen wird dem Nazi-Spuk samt seinen Handlangern in der Regierung ein Ende zu machen vermögen. Es ist Zeit, daß sie auf den Plan tritt.

Belagerungszustand in Moabit

Schon wenn man sich im Moabiter Arbeiterviertel, am Rostocker Tietz nähert, merkt man, daß heute das Barometer auf Sturm steht. Schupos mit Sturmriemen betätigen sich, indem sie die Proletarier gummiknüppelschwingend zum Weitergehen antreiben. An der Nazikaserne in der Huttenstraße stehen Schupos. Von Zeit zu Zeit erscheint ein Motorradfahrer vor der Nazikaserne, der anscheinend wichtige Befehle weiterzuleiten hat. Die Zurufe, die er zu hören bekommt, sind nicht freundlich. In den letzten Nächten hatte die Rostocker Straße ihre große Zeit. Die in den ausgehungerten Proletariern aufgespeicherte Erbitterung kam spontan zum Ausbruch. Die Rostocker Straße mit ihren Mietskasernen, mit ihren sonnenlosen Höfen, sah zum erstenmal Barrikaden, Mülleimer auf den Straßen, aufgerissenes Pflaster machen die Straße unpassierbar. Im Laufe des Donnerstags sind die Hindernisse von der Behörde beseitigt worden. Morgen wird die Rostocker Straße wieder Barrikaden sehen. Die Erbitterung ist ungeheuer groß. Das Vorgehen der Polizei entspricht dem Vorgehen blindwutiger Militärs in einer eroberten Stadt. Spritzer rasen durch die Straßen. Blaue Uniformen springen von Autos. Der Gummiknüppel trifft ausgemergelte Proletariergesichter. Welche Kontraste. Hier die wohlgenährten Gesichter der Jungen in blauer Uniform, dort die verhungerten Gestalten der Proletarier, die sich mit 30 Mark Unterstützung im Monat zufrieden geben sollen. Aber sie gaben sich nicht damit zufrieden. Die Provokationen der Nazis mit ihren neuen Uniformen im Arbeiterviertel waren der Anstoß zu dem Aufbegehren in der Arbeiterbewegung. Arbeiterfäuste bewiesen den Kapitalsknechten, daß auch einmal die Geduld von Proletariern ein Ende hat. Moabit ist ein Anfang. Reichsbanner, Schutzbund und Antifa, Organisierte, Nichtorganisierte, sie alle erlebten die Stärke der Arbeiterschaft, wenn sie zusammenhält.

Oesterreich sperrt Devisenabgabe

Amtlich wird verlautbart: „Im Hinblick auf die in Lausanne in Gang befindlichen Verhandlungen wird die von der österreichischen Regierung für den Fall der Erlassung einer Devisensperre für Auslandsschulden vorbereitete Verordnung dem Hauptausschuß des Nationalrates noch nicht vorgelegt. Inzwischen wird jedoch die Oesterreichische Nationalbank mit der Zuteilung der Devisen für Auslandsschulden in Anbetracht der Verminderung ihrer Devisenvorräte mit dem morgigen Donnerstag vorläufig innehalten. Die Schuldner von fälligen Devisenschulden an das Ausland werden darauf verwiesen, dem Betrage ihrer Auslandsschuld entsprechende Schillingbeträge flüssig zu halten, um diese Beträge an den im gegebenen Falle zu schaffenden Fonds einzahlen zu können."

Lügen-Kerrl

Der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl fühlt sich beleidigt, weil wir ihn in der gestrigen Nummer unserer Zeitung als „Lügen-Kerrl" bezeichnet haben. Viel zu schwach, Herr Kerrl, kennzeichnet Sie diese Bezeichnung!

Wie war es denn, Herr Kerrl? Hat im September 1931 das Amtsgericht in Peine nicht gerichtsnotorisch festgestellt, daß Sie wissentlich eine falsche Zahl als Erwerbslosenziffer der Stadt Peine in einer Anfrage an die Staatsregierung angegeben haben?

Wie war es denn, Herr Kerrl? Haben Sie nicht die Unterschlagungen Ihres Geschäftsführers Beckmann gedeckt, obwohl Ihnen der SS-Führer Gniffke gesagt hat:

„Wenn Sie gegen Beckmann nicht vorgehen, dann sind Sie genau so ein Lump!"

Aber, nicht wahr, **„er wußte zu viel"**, wie Sie selbst in einem Telephongespräch gesagt haben?

Und wie war doch das mit den gefälschten Quittungen, Herr Kerrl? Erinnern Sie sich nicht, daß die Quittungen, die Ihre SA-Leute für die Bezahlung ihrer Sturmhosen vorlegten, von den eigenen „Kameraden" in der Gauleitung als gefälscht bezeichnet worden sind? Sie haben das alles gewußt und mit Ihrem „ehrlichen" Namen gedeckt!

Und da beklagen Sie sich noch, daß wir Sie „Lügen-Kerrl" nennen?

Die Gärung in Chile

Buenos Aires, 23. Juni 1932.

Chile wird, wie die „Prensa" meldet, durch Revolution und Gegenrevolution in ein vollständiges Chaos gestürzt. In den beiden größten Städten des Landes, Santiago und Valparaiso, versuchte eine kommunistische Volksmenge, die militärischen Arsenale anzugreifen. Gendarmerie und Truppenteile hatten größte Mühe, den Angriff zurückzuschlagen.

Sie gaben mehrere Salven auf die Volksmenge ab, wobei ein Dutzend Menschen getötet wurden.

Als Antwort darauf haben zahlreiche Gewerkschaften den Generalstreik ausgerufen.

Beilage zur SAZ

Nr. 142. Jahrg. 1932
Freitag, 24. Juni 1932

Elternbeiratswahlen — politische Wahlen

Von August Siemsen

Am Sonntag, dem 26. Juni, werden in Preußen die Elternbeiräte neu gewählt.

Wenn das öffentliche Interesse an den Elternbeiratswahlen angesichts der weitgehenden Gleichgültigkeit gegenüber Schulfragen, wie sie in Deutschland aus der Tradition des Obrigkeitsstaats stammt, und angesichts der geringen Befugnisse der Elternbeiräte schon immer ziemlich gering gewesen ist, so finden sie in der ungeheuren politischen Zuspitzung und Erregung unserer Tage erst recht wenig Beachtung. Und doch kommt ihnen gerade heute erhöhte Bedeutung zu.

Mit Recht wird das in einem Leitartikel der „Germania" vom 22. Juni betont. Der Artikel unterstreicht die alte und richtige Erkenntnis von Kirche und Zentrum, daß Schul- und Erziehungsfragen „Schicksals- und Zukunftsfragen" sind, „wesentlich mit entscheidend für die geistige Entwicklung unseres Volkes". Es wird dann mit Befriedigung festgestellt:

„Die Elternbeiratswahlen haben in den letzten Jahren .... eindeutig bewiesen, daß die Mehrheit der Bevölkerung trotz ihrer Verschiedenheit in politischen und wirtschaftlichen Auffassungen in den Fragen der Erziehung und Schule nicht an den christlichen Grundlagen der Jugenderziehung rütteln lassen will."

Tatsächlich hat das unselige Schulkompromiß, das die SPD in der Weimarer Verfassung mit dem Zentrum eingegangen ist, dazu geführt, daß die Frage nach dem weltanschaulichen Charakter der Schule einseitig im Mittelpunkt aller politischen Kämpfe um die Schule in der Deutschen Republik gestanden hat, daß auch die Elternbeiratswahlen vorwiegend unter dem Feldgeschrei „Hie christliche Schule! — Hie weltliche Schule!" ausgetragen werden mußten. Heute sieht das Zentrum die Erfolge, die es in diesen Kämpfen davongetragen hat, bedroht, nicht durch das Anwachsen der proletarischen Kräfte, der weltlichen Schulbewegung, sondern durch die Nazis, die das Ziel des Zentrums und seine Führung in der christlich-reaktionären Schuleinheitsfront durch ihre Ueberbetonung des Nationalen und Rassischen gegenüber dem Christlichen gefährden. In dieser Situation mißt das Zentrumsorgan den Elternbeiräten mehr Bedeutung zu als während des bisherigen Stellungskampfes um die Schule, wenn man überhaupt bei den vorzüglichen Beziehungen zwischen den an der Macht im Staat partizipierenden Parteien des Zentrums und der Sozialdemokratie von einem Kampf sprechen konnte. Es schreibt: „Allem Anschein nach — und der heftige Kampf großer Parteigruppen und Weltanschauungsbünde um die Elternbeiräte deutet darauf hin — dürfte der Elternbeirat sich in der nächsten Zukunft zu einem ernst zu nehmenden Faktor in der Schulpolitik entwickeln."

Auch wir sehen in dem Angriff der Nazis auf die Schule die schwersten Gefahren. Wer ein paarmal in die nationalsozialistische Lehrerzeitung geblickt hat, wer die Tätigkeit der Nazi-minister Frick und Franzen oder das „Schulprogramm" der Nazis kennt, der schaudert vor diesem **Einbruch menschenzerstörender und kulturvernichtender Barbarei in die Schule. Um so dringender wird der Abwehrkampf des Proletariats gegen die gesamte Schulreaktion, wie sie beim Zentrum und bei den Nazis, in der Gefahr der Verkirchlichung und in der Gefahr der national-rassischen Barbarisierung der Schule immer drohender hervortritt.** Anträge der Nazis und der Deutschnationalen im Preußischen Landtag, die sich gegen die weltliche Schule richten, zeigen bereits an, auf welcher Linie sich christliche mit Nazi-Reaktion finden kann.

Die hier drohenden Gefahren treffen das deutsche Proletariat in derselben jammervollen Zerrissenheit, Selbstzerfleischung und Kampfunfähigkeit, wie sie besteht angesichts der fürchterlichen wirtschaftlichen und politischen Bedrohung.

Die Sozialdemokratie hat trotz mancher Fortschritte und Verbesserungen im einzelnen auf dem Gebiet der Schule katastrophal versagt. Schul- und Kulturfragen waren den Inhabern der preußischen Machtposition immer Nebensache, gut genug als Handelsobjekt mit den zentrümlichen Geschäftspartnern. Preußenkonkordat und Preisgabe der dissidentischen Lehrer, um nur etwas zu nennen, setzten den mit dem Weimarer Schulkompromiß beschrittenen Weg würdig fort. Unter Verkennung der vom Zentrum so gut verstandenen politischen Bedeutung der Schule hielt man Polizeipräsidentenposten für weit wichtiger als Einfluß in der Schulverwaltung. Wenig gehemmt, konnten so Verchristlichung und Nationalismus in der Schule immer weiter fortschreiten, konnten Hoch- und höhere Schulen und in wachsendem Maße auch Berufs- und Volksschulen Pflege- und Brutstätten der Reaktion werden.

Es ist das Verdienst der freien Schulgesellschaften, unter anfangs starken Widerständen der Sozialdemokratie den Kampf um die Schule mit einer eigenen proletarischen überparteilichen Organisation aufgenommen und mit beachtlichen Erfolgen geführt zu haben. Ihnen ist die Schaffung weltlicher Schulen, ihnen die schulpolitische Aufklärung und Aktivierung der proletarischen Eltern in erster Linie zu danken.

Aber während die SPD mehr und mehr durch ihre eigenen Mitglieder in den Reihen der freien Schulgesellschaften zu einer — allerdings mit Rücksicht auf das Zentrum immer lau und unzulänglich gebliebenen Unterstützung der freien Schulgesellschaften gedrängt wurde, wie sie z. B. in der positiven Stellungnahme des Kieler Parteitages zur weltlichen Schule ihren Ausdruck fand, sabotierte die KPD umgekehrt immer stärker den Kampf der freien Schulgesellschaften um die weltliche Schule. Sie hat dadurch selbst ihre notwendige und nur zu oft zutreffende Kritik der sozialdemokratischen Schulpolitik um ihre Wirkung gebracht. Sie gelangte dabei zu solchen Unsinnigkeiten wie der, die

kommunistischen Eltern aufzufordern, ihre Kinder aus den weltlichen Schulen herauszunehmen

und in konfessionelle Schulen zu schicken. Sie hat speziell in Berlin, aber auch anderswo den Kampf gegen weltliche Schulen und ihre Lehrer z. T. mit Gehässigkeiten und Verleumdungen schlimmster Art geführt. Dieses Verhalten der Kommunisten hat wie in den andern proletarischen Kulturorganisationen die Wirkung gehabt, daß auch die freien Schulgesellschaften sich allzu einseitig an die SPD anlehnten und heute trotz eines gewissen anzuerkennenden Bestrebens die parteipolitische Neutralität zu betonen, manchmal fast als eine Filiale der SPD erscheinen.

Dennoch hat sich die SAP getreu ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht nur uneingeschränkt und viel entschiedener als die SPD zur weltlichen Schule bekannt, sie erwartet auch von ihren Mitgliedern, daß sie sich in der freien Schulgesellschaft organisieren und dort aktiv mitkämpfen, selbstverständlich unter schärfster Bekämpfung aller Versuche, die freien Schulgesellschaften zu einer Organisation der SPD zu machen. Aus dieser ihrer grundsätzlichen Einstellung ergibt sich auch ihre Haltung zu den Elternbeiratswahlen.

Wir hatten in der heutigen Situation einheitliche proletarische Listen für das Gebot der Stunde gehalten. Aber leider stehen wie bisher zwei proletarische Listen der Schulreaktion gegenüber, die sich in den „Christlich-unpolitischen Listen" verkörpert, Listen der SPD und der KPD, zumeist wohl mit dem Namen „Schulaufbau" und „Liste werktätiger Eltern". Es ist **Pflicht aller Eltern, die Mitglieder der SAP sind, an allen christlichen Schulen, sich an der Wahl zu beteiligen** und derjenigen dieser beiden Listen die Stimme zu geben, deren Kandidaten ihnen geeigneter erscheinen zur Wahrnehmung der Interessen und zur Vertretung der Forderungen der Arbeiterschaft. Selbstverständlich darf keine Stimme für die Christlich-Unpolitischen abgegeben werden, es ist aber auch selbstverständlich, daß Wahlenthaltung nicht in Betracht kommt. Jede Stimme zählt als Ausdruck des Kampfwillens gegen die Schulreaktion.

An den weltlichen Schulen liegen die Dinge anders, weil es sich hier nur um Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen des Proletariats handelt. Da wir trotz aller Kritik zu den freien Schulgesellschaften stehen, haben unsere Eltern an den Schulen, wo offizielle Listen des Bundes freier Schulgesellschaften aufgestellt sind, diese Listen zu wählen, wenn nicht erhebliche Gründe dagegen sprechen. Anders liegt es natürlich, wenn, wie es in Berlin in den meisten Fällen wohl der Fall ist, die Listen „Schulaufbau" — ein eigentümlicher Name angesichts des von der SPD mitzuverantwortenden Schulabbaus — Listen der SPD sind. In diesem Falle haben die SAP-Eltern ebenso die Freiheit der Entscheidung wie gegenüber den SPD- und den KPD-Listen an den christlichen Schulen.

Ueber die Elternbeiratswahlen hinaus erwächst unsern Eltern aber die Pflicht, äußerst aktiv an den bevorstehenden Kämpfen um die Schule teilzunehmen und mit aller Entschiedenheit auch hier für die Einheitsfront des Proletariats einzutreten, dafür, daß ohne eine unmögliche Verschweigung und Verkleisterung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten und unter völliger Wahrung notwendiger Kritik die Kräfte konzentriert werden gegen den gemeinsamen Feind.

Schweigegelder für den „Industriekurier"

Pressekorruption im Devaheim-Prozeß

Im Devaheim-Prozeß erörterte man gestern die Zahlung von 40 000 Mark, die nach Behauptung des Angeklagten Jeppel als Schweigegelder an den „Industriekurier" geflossen sind. Als Zeuge zu dieser Angelegenheit wurde zunächst der Schriftleiter des „Industriekurier", Dr. Kurt Spicker, gehört, der bekundete, daß der

„Industriekurier" um die Jahreswende 1930/31 umfangreiches Material über den Devaheim-Konzern und den Centralausschuß für Innere Mission erhalten

und an den Aufsichtsratsvorsitzenden, Pfarrer D. Cremer, einen Brief geschrieben habe. In diesem Brief teilt die Schriftleitung des „Industriekurier" mit, daß sie genaues Material über die Situation bei Devaheim und den anderen Konzerngesellschaften besitze, ebenso Informationen über die Transaktionen der einzelnen Mitglieder, über ihre Gehaltsbezüge und das Privatleben der Aufsichtsratsmitglieder. Dr. Cremer reagierte auf dies Schreiben damit, daß er den „Industriekurier" durch einen Rechtsanwalt und Notar darauf aufmerksam machen ließ, daß die Zeitschrift sich bei Veröffentlichun unwahrer Behauptungen strafbar machen würde. Eines Tages sei der Angeklagte Jeppel im Büro der Zeitschrift erschienen und habe etwas von „Geld" gebrabbelt. Dr. Ehrlich, der Herausgeber des „Industriekuriers", habe ihm darauf erklärt:

„Da hat der Zimmermann das Loch gelassen."

Der Zeuge schilderte dann weiter, daß Jeppel Material für Artikel des „Industriekurier" gegeben und die Artikel zum Teil mit diktiert habe.

Dem „Industriekurier" sind 30 000 Mark in Aussicht gestellt worden.

Er hat dann 22 000 Mark erhalten.

Rechtsanwalt Herold: „Es ist doch sonst üblich, daß die Zeitung ihren Mitarbeiter honoriert, und nicht umgekehrt."

Zeuge:

„Da kennen Sie die Gepflogenheiten der Wirtschafts- und Tagespresse nicht, Herr Rechtsanwalt."

Vors.: „Sind 22 000 M. nicht dann etwas hoch für ein paar Artikel."

Zeuge: **„Dr. Ehrlich hat schon ganz andere Honorare bekommen.** (Heiterkeit) Beispielsweise für die Bearbeitung von Zinkzollfragen und Artikel über Kohlenbeförderung. Man braucht da nämlich Ideen zu." (Erneute Heiterkeit.)

Vors.: „Aus welchen Mitteln sollte das Geld denn gezahlt werden?"

Zeuge: „Aus den Mitteln des Devaheim-Konzerns."

Reichen Aufschluß über den Korruptionssumpf der kapitalistischen Wirtschaftspresse gab dann die Vernehmung Ehrlichs. Er erzählte daß er früher beim Hansa-Bund gewesen sei und **dort erfahren hätte, welche gegensätzlichen Interessen in der Wirtschaft beständen.**

Er habe deshalb ein wirtschaftspolitisches Interessenvertretungsbüro gegründet und sich intensiv mit Wirtschaftsinteressen beschäftigt, um auch die Tagespresse für wirtschaftliche Fragen zu interessieren.

Er wandte sich dagegen, daß man dies als Korruption bezeichne, wie man ja auch in anderen Ländern über eine derartige Beherrschung der Tagespresse anderer Ansicht sei als hier.

Direktor Ehrlich schildert dann das Zusammentreffen mit Jeppel.

Neue Millionenschiebung

Die Zollfahndungsstelle ist einer neuen großen Devisenschiebung auf die Spur gekommen. Die Affäre spielt hauptsächlich in Berlin, wo für mehrere Millionen Mark Wertpapiere, die im Ausland aufgekauft wurden, verkauft worden sind. Die in Lindau am Bodensee gestern vorgenommene Verhaftung eines früheren Prokuristen einer Großbank hängt hiermit zusammen. Sie erfolgte auf Veranlassung der Berliner Zollfahndungsstelle.

Rote Antenne

Bilder aus dem Arbeitsleben

Am 21. Juni war im Erwerbslosenfunk des Mitteldeutschen Rundfunks ein Vortrag von Herbert Reinhold, Dresden, „Bilder aus dem Arbeitsleben" zu hören.

Fern der bürgerlichen Betrachtungsweise, nackt, ohne Verschleierung, wurde der Proletarier, die Proletarierin im Arbeitsleben geschildert. In kurzen Umrissen schilderte Reinhold die Arbeit der Weberinnen in der Seidenindustrie, die Arbeit der Männer im Steinbruch, die der Frauen in den Ziegeleien und der Männer vom Tiefbau. Kleine Skizzen aus dem Leben von Millionen Menschen, die einen gewaltigen Kampf um die Erhaltung ihres und ihrer Familie Leben führen. Was weiß ein Mann vom Tiefbau von der Arbeit der Frauen in den Ziegeleien, was eine Frau an der Maschine in der Seidenspinnerei von der Arbeit eines Mannes im Steinbruch? Aber alle tragen sie dasselbe Schicksal, Frauen bei schwerer Arbeit, heute noch 10 bis 14 Stunden in den Ziegeleien tätig, um in der kurzen Zeit der Saisonarbeit das Lebensnotwendigste zu verdienen. Die Männer im Steinbruch Opfer herabstürzender Gesteine oder des durch die Lunge eindringenden Steinstaubes. Die Erwerbslosen, die diese Sendung hörten, fühlten, wie auch ihre so oft beneideten Brüder im Arbeitsprozeß einen harten Kampf zu führen haben. Sie wissen sich eins mit ihnen im Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.

Hkl—.

Das Buch

Friedrich Muckermann: „Der Bolschewismus droht"

Die Zahl der Anti-Sowjetbücher ist unübersehbar. Viele tragen den Stempel der Lüge so offen auf der Stirn, daß kein Mensch auf ihre Verleumdungen hereinfällt, und sie nur von Demagogen zur Sowjethetze verwendet werden. Gefährlicher aber sind jene Schriftsteller, die sich als wohlwollende und objektive Berichterstatter ausgeben und sich bei näherem Hinsehen als Wolf im Schafspelz entpuppen. Zu diesen zählt der bekannte Jesuitenpater Friedrich Muckermann.

Er gibt sich als absolut objektiv. „Nur Tatsachen mögen sprechen." Und er stützt sich auf Quellen, „deren Zuverlässigkeit von keinem Vernünftigen bezweifelt werden kann." Und diese zuverlässigen Zeugen sind die berüchtigten Sowjethetzer Rechberg und der ungarische Graf Karolyi. Er tischt uns das alte Märchen von russischer Zwangsarbeit, russischem Hungerdumping wieder auf, und alle diese russischen „Greuel" dienen dazu, unsere kapitalistische Welt zu zerstören. Aber das schlimmste Verbrechen des Bolschewismus ist, daß er unsere abendländische Kultur, die auf der „Persönlichkeit" aufgebaut ist, vernichten will, denn der Bolschewismus kenne nichts als das Kollektiv, den Feind jeder kulturellen Entwicklung. Daß ihm der Kampf gegen den Bolschewismus nur ein Vorwand ist, hinter dem sich der Einsatz für das kapitalistische System in faschistischer Gestalt verbirgt, zeigt sich am Ende seiner Schrift. Sie hetzt gegen die Sowjets als Feind des einzelnen und der Gesamtheit, hetzt gegen den Bolschewismus durch Lügen und Schauermärchen, die durch unwiderlegliche Zeugen „bewiesen" werden, und versucht so für die Kirche zu werben, die sich angeblich für eine neue, gerechtere Wirtschaftsordnung einsetzt, die in Wirklichkeit aber die Geschäfte des Kapitals besorgt.

G. Freund

*) Katholische Tat-Verlag. Köln. 48 Seiten.

Nachher Reue kommt zu spät,
tue was Vernunft Dir rät:
Nimm Frommsdorf gegen Infektion!

SAP

Bezirk Weser-Ems

Sonntag, 26. Juni, 10 Uhr, in Bremen

Funktionärkonferenz

Die Konferenz tagt bei G. Stein, Neu-Kirchstraße 78.

Tagesordnung: 1. Politische Lage und die Aufgaben der SAP (Referent: A. Ehlers). 2. Reichstagswahlen. 3. Aufstellung der Kandidatenliste. 4. Verschiedenes.

Alle Unterbezirksleiter sowie die Ortsgruppen- und Bremer Distriktsleiter müssen erscheinen.

Die Bezirksleitung.

Frankfurt a. M.

Aus dem Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses erklärte der Kämmerer, die Sparverordnung der preußischen Regierung bringe keine tatsächliche Ersparungen an Beamtengehältern. Denn da eine spätere Nachzahlung erfolgen solle, müsse man die zurückbehaltenen Gehälter aufsparen. Infolge der Herabsetzung des Hauszinssteuernachlasses träte eine stärkere Belastung des Wohlfahrtsetats ein, denn die Stadt sei dann gezwungen, Mietzuschüsse zu bezahlen. Auch die durch die Papen-Regierung angeordnete Rentenkürzung bedeute eine Belastung des Wohlfahrtsetats. Die Gemeinde erhalte nur dann Unterstützungszuschüsse des Reiches, wenn sie die Wohlfahrtsunterstützung kürze. Die Senkung sei untragbar. Die Kürzungen sollen dort durchgeführt werden, wo die Unterstützungssätze das „Maß des Erforderlichen" übersteige. Es sei nicht klar, was damit gemeint sei.

Herr Osterieth, Chef der Firma Osterieth, erklärte dem Gauleiter des Buchdruckerverbandes, dem Genossen Keppler, als dieser ihn wegen eines ungerechtfertigten Lohnabzuges aufsuchte: **„Ich wünsche mir den Tag herbei, wo der Luxusbau am Main (Gewerkschaftshaus) an allen Ecken angesteckt wird, und die Bonzen drinnen müßten mitschmoren!"** — Wir fürchten, wenn die Sekretäre von den Gewerkschafts- und Parteibüros nicht bald die Einheitsfront des Proletariats gegen den Faschismus organisieren helfen, werden die Nazis den frommen Wunsch des Herrn Osterieth nur allzubald erfüllen.

Eine Exmittierung in der Friedrich-Ebert-Siedlung. Dienstag sollte in der Friedrich-Ebert-Siedlung eine Exmittierung vorgenommen werden — die vierte in den letzten vierzehn Tagen! 80 Proleten waren bereits in der Wohnung, als die Exmittierung vorgenommen werden sollte. Die Straße war im Nu schwarz von Menschen. Unter dem Druck der Massen wurde die Exmittierung verschoben. Um 17 Uhr kam der Gerichtsvollzieher erneut. Tausende Proleten standen vor der Wohnung. Die Polizei sprang vom Ueberfallwagen und schlug blindlings in die Menschenmassen. Ein Mann sollte vom Bereitschaftsführer abgeführt werden. Der Inhaftierte warf sich auf die Erde. Der Polizist drosch aus Leibeskräften auf ihn los. Die empörte Masse drehte den Spieß um und schlug auf den Polizisten ein, bis dieser Hilfe bekam. Der Inhaftierte und die, die ihn befreit hatten, waren inzwischen verschwunden.

Momentbild aus einem Kulturstaat. Ein 29jähriger Kellner stand wegen Diebstahls vor Gericht. Der Angeklagte lebte in außerordentlich schlechten sozialen Verhältnissen. Er ist tuberkulös, hat aber pro Tag nur 0,70 Mark zu verleben. Warmes Essen konnte er sich nicht leisten; seitdem er aus dem Dienst entlassen wurde, so erklärte er, sei es mit ihm bergab gegangen. Alles mögliche habe er versucht, um sich über Wasser zu halten, Es habe aber keinen Zweck. In seiner Verzweiflung hat er des öfteren Selbstmordversuche unternommen. Einmal versuchte er, sich zu erschießen, doch die Kugel konnte entfernt werden. Ein anderes Mal nahm er Kleesalz zu sich. Doch er holte sich lediglich eine schwere Nierenentzündung. — Das Gericht stellte das Verfahren wegen Geringfügigkeit ein.

Im Suff belästigte ein Schuhmacher die Frau eines Gastwirts. Als sich diese gegen den Versuch, sie zu küssen, wehrte, schlug der Betrunkene der Frau mit aller Wucht ins Gesicht. Das Gericht verurteilte den Rohling zu zwei Monaten Gefängnis. Er mußte seine Strafe sofort antreten.

A 1

Flammenzeichen des Faschismus

Braunschweig, 23. Juni 1932.

Aus dem faschistischen Braunschweig kommt ein erneutes flammendes Fanal für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung:

Ein parteiloser Arbeiter, Grobleben, ist von einem Schupobeamten grundlos niedergeschossen worden.

Es ist hier bekanntlich den Proleten nicht mehr gestattet, auf der Straße stehen zu bleiben und zu diskutieren. Das könnte den Bestand der kapitalistischen Republik erschüttern. Und nun stehen da

in der Friesenstraße einige Erwerbslose beim Disput. Sie werden auseinandergejagt, gehen vorn nicht schnell genug. Da gibts einen Knall. Die Kugel dringt einen Arbeiter durch den Arm, dann Grobleben durch die Brust und streift das Herz. Jetzt ringt er mit dem Tode.

Ob er aufkommen wird, daran wird gezweifelt. So billig ist heute ein Arbeiterleben!

Nie „NAZ" schreibt, die Stimmung in der Arbeiterschaft stehe auf Sturm. Leider steht sie noch nicht auf Sturm. Aber es kriselt, es grollt und rumort. In der Friesenstraße wurde, um die Schuld der Polizei zu verdecken, eine ergebnislose Razzia unternommen, die Straße an beiden Enden abgesperrt, Polizeiketten stehen vor den Häusern. Die Faust ballt sich noch in der Tasche. Leid und Bitternis durchfurchen das Hungergesicht des Proleten.

Wann, wann kommt der Tag, da wir uns rächen?

Was muß die Antwort sein auf diese neueste Bluttat?

Die einheitliche kampfgewillte Klassenfront!

Heidelberg

Professor Gumbel ist einer der ganz wenigen aktiven sozialistischen Gelehrten, die noch an deutschen Universitäten lehren. Seit Jahren wird gegen ihn gehetzt, mit dem Ziel, ihn aus dem Amt zu entfernen. Gumbel hat den Nacken nie gebeugt, aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Drei Disziplinarverfahren, zu deren Einleitung seine nationalistischen Kollegen mit seltenem Eifer hetzten, hat er im Amt überdauert. Jetzt geht von den Nazis eine neue Aktion los. Gumbel hat in einer geschlossenen Veranstaltung sozialistischer Studenten die üblichen Kriegerdenkmäler (leichtbekleidete Jungfrauen mit Palmenwedel) als unangemessen bezeichnet. Symbol des Krieges von 1914—1918 sei vielmehr die Kohlrübe... Darin sahen die Nazis eine Verunglimpfung ihrer Kriegertugenden, und da die unanfechtbare Wendung ihren Zwecken nicht dienen kann, so haben sie sie ein wenig umgefälscht und krebsen auf diese Art gegen den verhaßten Professor. Der Senat der Universität Heidelberg, mit dem Gumbel gestraft ist, soll sich schon veranlaßt gesehen haben, das fällige Disziplinarverfahren einzuleiten.

Schkeuditz

SPD im „Kampf". Die hiesige SPD-Bonzokratie hat den Verlust der Kinderfreundegruppe, die, solange sie unter den Fahnen der SPD marschierte, nur als Stiefkind behandelt wurde, nicht verschmerzen können. Als vor mehr als einem halben Jahr die Spaltung eintrat, beschlossen die Kinderfreunde in einer ordnungsgemäß einberufenen Versammlung ihren Austritt aus der Reichsarbeitsgemeinschaft, um zunächst einige wertvolle Helfer, die zur SAP abgeschwenkt waren, der Bewegung zu erhalten. Der Austritt erfolgte damals auf den Vorschlag des Buchdruckers Otto Reichert. Dieser gleiche Genosse findet jetzt den traurigen Mut, als Werkzeug der SPD-Gewaltigen alle die Genossen, die damals seinem Vorschlag auf Austritt aus der Reichsarbeitsgemeinschaft zustimmten, beim hiesigen Amtsgericht wegen Herausgabe des Materials zu verklagen. Der Streitwert soll angeblich 300 RM. betragen. Um diese 300 RM. sicherzustellen, hat man zwei bekannte Leipziger Rechtsanwälte mobilisiert, die nun mit allen juristischen Spitzfindigkeiten beweisen wollen, daß die damalige Versammlung auf Grund der Bestimmungen des BGB. nicht ordnungsgemäß einberufen war und deshalb die dort gefaßten Beschlüsse nichtig seien. Genosse Hädicke, der damals als Vorsitzender von der Versammlung bestätigt wurde, hat von dem Austritt der Ortsgruppe aus der Reichsarbeitsgemeinschaft der Reichsleitung sofort Mitteilung gemacht. Die Reichsleitung bedauerte in einem Schreiben diesen Schritt, erwähnte aber mit keiner Silbe einen etwaigen Eigentumsvorbehalt über das Material der Gruppe. Jetzt finden sich plötzlich 22 „Kinderfreunde", die früher fast nichts mit der Gruppe zu tun hatten, und wollen bei einem bürgerlichen Gericht Material einklagen, das sich die zur SAP übergetretenen Genossen unter großen Mühen und mit persönlichen finanziellen Opfern geschaffen haben. Entspricht eine derartige Handlungsweise noch proletarischem Empfinden? Stellen sich diese angeblichen Sozialisten nicht mit dem brutalsten kapitalistischen Ausbeuter, der von der Arbeit anderer lebt, auf eine Stufe? Wir wollen auch die Frage ununtersucht lassen, ob die entstehenden Prozeßkosten nicht höher werden als der gesamte Streitwert, der von Reichert und Genossen auf 300 RM. beziffert wird. Die Arbeitergroschen, die hier einem bürgerlichen Gericht geopfert werden, sollte man lieber nehmen und sich neues Material beschaffen; dann wäre die für die SPD höchst blamable Angelegenheit im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung am Ort aus der Welt geschafft. Leider gibt es aber unter den hiesigen SPD-Arbeitern Kreaturen, die durch eine „große Sache" ihren eigenen Geltungstrieb befriedigen und eine nvon der SPD-Führung ihnen erwiesenen materiellen Vorteil vergelten zu müssen glauben. Der Ausgang des Prozesses ist für die Kläger, wenn nicht als negativ, zumindest als sehr zweifelhaft zu betrachten. Möglich ist durchaus, daß ein Urteil zustande kommt, welches die Herausgabe des Materials von den zur SAP übergetretenen Genossen fordert. Dann kann sich die SPD-Führung am Ort in die Brust werfen und über den „Erfolg" noch mehr Erhabenheit als bisher zur Schau tragen. Dann wird vielleicht das Material auf den Boden irgendeines SPD-Funktionärs wandern und dort verschimmeln; denn für die jetzige Kinderfreundegruppe (der Reichsarbeitsgemeinschaft, die nach der Spaltung neu ins Leben gerufen wurde) dürfte es absolut keinen praktischen Wert besitzen, da sie nicht lebens- und nicht sterbefähig ist. Die Reichert und Genossen können dann das geschichtliche Verdienst für sich in Anspruch nehmen, wieder einen Teil der Arbeiterorganisation zerstört zu haben. In diesem Zusammenhang soll auch gleich erwähnt werden, daß es die SPD bis zur Stunde vorgezogen hat, auf das Schreiben der SAP zwecks Bildung eines proletarischen Abwehrblocks gegen den Faschismus nicht zu antworten. Soll etwa durch die Klageerhebung gegen die Kinderfreunde-Organisation das Interesse der SPD an einem solchen Abwehrblock dokumentiert werden? Oder glaubt man, auf diese Weise die anderen proletarischen Organisationen zu vernichten und so auf Umwegen die proletarische Einheitsfront herzustellen? Ein etwas merkwürdiger und wahrscheinlich für die Arbeiterklasse sehr dornenreicher Weg! Hoffen wir, daß es uns gelingt, die Arbeitermassen gegen den Willen dieser „Sozialisten" zur Einheitsfront zu bekehren.

Sportschau der SAZ

RAST in Delitzsch

Sonnabend, 25. Juni (Sportplatz an der Luisenschule), 15 Uhr, Sportklub I—Nord (Leipzig) I und II, komb.

Sonntag, 26. Juni (Sportplatz an der Luisenschule): 7 Uhr, Sportklub III—Zwochau II (Fußball); 9.30 Uhr, Sportklub II—Zwochau I (Fußball); 10 Uhr, Sportklub AM.—Preußen-Moskau AM. (Fußball). — Sportplatz an der Beesendorfer Straße (Turner): 7 Uhr, Turner II—Zschortau III (Handball); 8 Uhr, Turner-Jgd.—Holzweißig-Jgd. (Handball), 9 Uhr, Sportklub IV—Zschortau I (Fußball); 10.30 Uhr, Sportklub-Jgd.—Dessau-Törten Jgd. (Fußball); 13 Uhr, Umzug von der Jahn-Turnhalle, Bitterfelder Straße, nach dem Sportplatz an der Luisenschule; 13.30 Uhr, Gymnastik, 14 Uhr, Turner-Knaben—Krostitz-Knaben (Handball); 15 Uhr, Sportklub-Knaben—Ramsin-Knaben (Fußball); 16 Uhr, Schwimmer I—Krostitz I (Handball); 17 Uhr, Sportklub I—Dessau-Törten I (Fußball); 18.30 Uhr, Turner I—???? (Handball). 20 Uhr: Kaffeekränzchen im Lindenhof.

Arnstadt

Auch bei uns wächst der Wille zur Einheitsfront, trotz Sabotage der SPD. Die Ortsleitung der SAP wandte sich zwecks Bildung einer proletarischen Einheitsfront zur Abwehr des faschistischen Terrors und gemeinsamen Kampfes gegen Lohn- und Unterstützungsraub mit einem Schreiben an alle Arbeiterorganisationen Arnstadts. SPD und Gewerkschaftskartell haben auf das Angebot nicht geantwortet, dafür aber schnell zu einer Erwerbslosenversammlung der „Eisernen Front" aufgerufen. Nachdem Gewerkschaftssekretär Striebing und der Sozialdemokrat Steinbrück glaubten, genügend Reklame zur Wahl von Sozialdemokraten gemacht zu haben, wurde eine Entschließung mit zirka 25 Stimmen bei 400 Enthaltungen (!) und gegen eine Nazistimme als einstimmig (!!) angenommen erklärt, und die Erwerbslosenversammlung ohne Diskussion geschlossen. Den schwer enttäuschten Arbeitern durfte nichts von Einheitsfront gesagt werden. Erfreulicherweise haben die Kommunisten und auch der Verband der Arbeitsinvaliden in zustimmender Weise auf unser Angebot geantwortet. So konnte schon am 22. Juni eine gemeinsame Kundgebung der SAP und KPD durchgeführt werden. Obwohl die Vorbereitung sehr mangelhaft war, waren doch etwa zirka 500 Arbeiter erschienen. Sehr viele von ihnen schöpften auf Grund der Tatsache, daß der Einheitsfrontgedanke sich durchzusetzen beginnt, neuen Mut. Unter den Besuchern konnten sehr viele Sozialdemokraten gezählt werden. SAP und KPD wird sich nun mit einem gemeinsam unterschriebenen Aufruf an die Arnstädter Arbeiterschaft wenden, und diese auffordern, sich für die werdende Einheitsfront einzusetzen; besonders soll an die SPD-Arbeiter appelliert werden, ihre Führer zu zwingen, in dieser ernsten Zeit alle Sonderbestrebungen beiseite zu stellen. Der Stadtrat wird sich in den nächsten Tagen auf Grund eines Dringlichkeitsantrages der SAP-Stadtratsfraktion mit dem Unterstützungsraub der Papen-Regierung beschäftigen müssen. Auch dabei wird sich zeigen, wer wirklich die Einheitsfront aller Unterdrückten und Ausgebeuteten will, oder auch in dieser ernsten Situation noch glaubt, sein Parteisüppchen kochen zu müssen.

Sammelt für den Kampffonds der SAP

Organisationsnachrichten

SAP Stuttgart: Montag, 27. Juni, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Metallarbeiterheim, Kanzleistr. 33, kleiner Saal. Tagesordnung: 1. SAP und Kommunismus; 2. Stellungnahme zum Ausschluß des Genossen Rück; 3. Stellungnahme zur Reichstagswahl. Teilnahme ist Pflicht.

Deutsche Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Dortmund: Montag, 27. Juni, 20 Uhr, Versammlung im Volkshaus I, Kampstraße. Frau Gertrud Sinn, Ubbelohde, spricht über „Der beste Gasschutz". — Eintritt frei. Gäste willkommen.

So etwas gibt es noch

Ein Minister starb wegen der Volksschule

Dieser Tage ist in England der Unterrichtsminister, Sir Donald Maclean, gestorben, und zwar — wie die englischen Zeitungen berichten — an gebrochenem Herzen. Seit Wochen hatte er einen erbitterten Kampf mit dem Kabinett, da man seinen Etat ganz erheblich kürzen wollte. Schon vor Monatsfrist hatte der Minister seinen Freunden erzählt, daß er mit allen Mitteln gegen eine Schmälerung der ihm zur Verfügung stehenden Mittel kämpfen werde, da er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne, die Ausbildung in den englischen Volksschulen zu vernachlässigen. Vor allem litt er darunter, daß man gerade die Volksschulen beeinträchtigen wollte. Mit beredten Worten verteidigte er im Kabinett seine Haltung, er versuchte jeden einzelnen Minister zu seiner Ansicht zu bekehren. Er hatte mit dem Finanzminister besonders heftige Zusammenstöße, die seine Gesundheit untergruben.

„Die geplante Verschlechterung der Volksschulbildung in England wird nicht durchgeführt werden, so lange ich lebe",

versicherte Maclean allen seinen Bekannten und Freunden. Er rief die Lehrer auf, mit ihm gegen den geplanten Abbau der Volksschulbildung zu kämpfen, und in einem flammenden Aufruf hatte er wörtlich geschrieben: **„Ich möchte lieber sterben, als auch nur einen Penny von den bisher bewilligten Mitteln für die Volksschulen herzugeben."** Kurz vor Beginn der Konferenz von Lausanne tagte noch einmal das englische Kabinett. Zu seinem Schrecken mußte Maclean feststellen, daß er mit seinem Standpunkt völlig isoliert war. Er sah, daß man ihm die bisher bewilligten Mittel empfindlich kürzen würde, und das erregte ihn dermaßen, daß er während der Sitzung einen schweren Herzanfall erlitt. Kurze Zeit darauf erlitt er einen neuen Herzanfall, dem er in kurzer Zeit erlag. Die englischen Zeitungen widmen diesem Minister lange Nachrufe, der sein Leben für das ihm anvertraute Amt eingesetzt hat, und der tatsächlich an gebrochenem Herzen gestorben ist.

Wohin mit dem Geld?

In den vornehmen Restaurants von London huldigen die armen Reichen, die nicht wissen, wohin mit ihrem Geld, einer neuen Mode, durch die ein einziger Bierbrauer Millionen verdienen dürfte. Dieser tüchtige Mann ist nämlich auf den Gedanken gekommen, die eintönige Farbe des Bieres zu ändern und bunten Gerstensaft zu brauen. Er hat ein besonderes Verfahren erfunden, um Bier herzustellen, das in allen möglichen Farben schillert. Rotes, blaues und grünes Bier sieht man bereits in den Gläsern leuchten, und dem Publikum ist verheißen worden, daß immer noch neue Farbenschattierungen hergestellt werden. Aber eine rührige Propaganda hat dafür gesorgt, daß buntes Bier als besonders „chic" gilt, und so darf denn niemand, der etwas auf sich gibt, einfarbiges Bier trinken. Man kann seinen Snobismus damit beweisen, daß man sich durch die Bestellung von buntem Bier über die Masse erhebt. Es gibt doch nichts Schöneres, als sich von der „plebs" zu unterscheiden. Dafür ist kein Geld zu schade.

Jeder Deutsche seinen eigenen Verein

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, ist Herr Reichsgerichtsrat i. R. Dr. Sonntag, der sich sonst berufsmäßig mit Polenhetze beschäftigt, bestrebt, einen „Fußgängerschutzbund" ins Leben zu rufen. Er ist selbst kürzlich einem Verkehrsunfall zum Opfer gefallen und mußte auf der Suche nach einem Verbande, der seine Interessen wahrnehmen sollte, die betrübliche Feststellung machen, daß es heute wohl Hunderte von Automobilvereinigungen, Motorradverbänden und dergleichen mehr gibt, aber noch keinen einzigen — Fußgängerverein. Was lag da näher, als einen solchen Verband zu gründen? — Dr. Sonntag veranstaltet nun Rundgänge durch die Krankenhäuser von Berlin, bei denen den Teilnehmern die durch den Straßenverkehr verletzten Berliner Fußgänger gezeigt werden sollen.

Es gibt schon Leute, die noch Sorgen haben...

Gemeinsame Reichsliste

Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung" hat vom Beginn des Wahlkampfes an sich für eine einheitliche Reichsliste von SPD, KPD und SAP eingesetzt. Diese Parole hat in den Massen schon heute einen ungeheuren Widerhall gefunden, und wir zweifeln nicht daran, daß sie auch weiter von den Proletariern aller politischen Richtungen verstanden und zu ihrer eigenen gemacht werden wird.

In der Presse der SPD und KPD hat man sich im Gegensatz zu der Massenstimmung bis jetzt mit dieser Forderung der „SAZ" noch nicht beschäftigt. Heute geht zum erstenmal die „Rote Fahne" darauf ein. Man frage nur nicht wie. Nicht eine Spur politischer Kritik an dieser Parole, sondern das Herabzerren ihres klassenkampferischen Sinnes durch dümmste Unterstellungen. „Wie Seydewitz sich ein Mandat erschieben möchte", ist der Titel dieses Artikels, und damit ist zugleich sein gesamter Inhalt restlos erschöpft.

Dieser Artikel versichert, „daß auch ohne gemeinsame Reichsliste keine Arbeiterstimme verloren geht, weil z. B. alle Reststimmen der KPD in den einzelnen Bezirken automatisch auf der Reichsliste zur Verrechnung gelangen." — Warum uns die „Fahne" das versichert, begreifen wir nicht. Daß die KPD das parlamentarische ABC beherrscht und — wie jede Partei — ihre Bezirkslisten an ihre Reichsliste anschließt, das haben wir allerdings angenommen. Bezeichnend ist nur, daß die „Rote Fahne" den

außerparlamentarischen Sinn unserer Parole

überhaupt nicht begreift. Sie scheint so völlig in parlamentarischem Denken sich zu bewegen, daß sie dazu unfähig ist. Dabei haben wir bei der Vertretung dieses Vorschlags ganz klar ausgesprochen, daß es für die Arbeiterklasse in dieser Situation überhaupt

nicht darauf ankommt, wieviel Abgeordnete, wieviel Mandate und welche Abgeordneten in den neuen Reichstag geschickt werden;

daß es für die politische Kraft des Proletariats völlig gleichgültig ist, ob ein paar zehntausend Reststimmen ausgewertet und in Mandate umgesetzt werden oder nicht. Der Sinn des Vorschlags einer gemeinsamen Reichsliste ist vielmehr der: dadurch ein Bekenntnis der gesamten Arbeiterorganisationen zum geschlossenen Kampf gegen Papen-Diktatur und Faschismus abzulegen. Wir schrieben am 17. Juni, wo wir zum ersten Male diesen Vorschlag vertraten:

„Die gemeinsame Reichsliste aber ist das Bekenntnis zum gemeinsamen Kampf gegen den Feind, der vor den Toren steht. Ihr Zustandekommen allein würde eine machtvolle Drohung gegen die Ausbeuterklasse bedeuten, den Kampfmut des Proletariats gewaltig steigern, die notwendige Auseinandersetzung innerhalb der proletarischen Reihen in sachliche Formen zwingen."

Und darüber hinaus: Das Eintreten für diese Parole, ihre intensive Propaganda in allen proletarischen Organisationen ist ein wirksames Mittel, die Arbeitermassen tief aufzuwühlen und hinzulenken auf die Notwendigkeit des gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfes der proletarischen Organisationen.

Das ist der Sinn dieser von uns vertretenen Parole. Sie ist nicht in den Niederungen des parlamentarischen Kretinismus geboren, in denen sich der zitierte Artikel der „Roten Fahne" bewegt, sondern aus dem Bewußtsein heraus, daß eine Politik, die erfüllt ist vom

Bewußtsein der Verantwortung gegenüber der Revolution,

jeden sich bietenden Hebel benutzen muß, um die Arbeiterorganisationen in gemeinsamen Aktionen zusammenzuführen.

Und was nun den kläglichen Vorwurf betrifft, Seydewitz oder die SAP wolle sich mit der gemeinsamen Reichsliste ein Mandat erschieben, so erklären wir der „Fahne" klipp und klar, daß das eine Verleumdung ist, zu der nicht die Spur einer Ursache vorliegt. Und wir sind bereit, den Beweis dafür anzutreten. Die Kommunistische Partei braucht sich nur bereit zu erklären, grundsätzlich auf diesen Vorschlag einzugehen. Sie wird bei den sich dann ergebenden Verhandlungen über die Zusammensetzung der Reichsliste sehen, daß es der SAP durchaus nicht auf ein Mandat für eins ihrer Mitglieder ankommt. Wir sehen diese Dinge nicht — wie die „Rote Fahne" — vom Standpunkt der Mandate. Wir sehen sie vom Standpunkt der

Massenmobilisierung mit der Richtung auf einen gemeinsamen Kampf sämtlicher Arbeiterorganisationen.

Obgleich die SAP wahrscheinlich weit mehr Stimmen, als zu einem Mandat notwendig sind, als Reststimmen der gemeinsamen Reichsliste zuführen würde, wäre es uns völlig gleichgültig, an welcher Stelle dieser Liste ein SAP-Genosse stünde. Aber nicht gleichgültig ist uns, ob diese Liste zustande kommt oder nicht. Wir setzen uns mit aller Kraft für sie ein, um der Mobilisierung des Proletariats zum gemeinsamen Kampfe willen. Und wir wiederholen: die KPD hat es leicht, sich von der Ehrlichkeit dieser Parole zu überzeugen. Sie braucht nur ihre Bereitschaft zu einer gemeinsamen Reichsliste zu erklären. Und bis sie das tut, und bis die SPD das gleiche tut, müssen unsere Genossen im ganzen Reiche weiter mit dem Einsatz der äußersten Kraft in allen proletarischen Organisationen und Versammlungen dahin wirken, daß die Arbeitermassen, die der SPD und KPD folgen, auf ihre Führungen einen Druck ausüben, daß sie ihre

Bereitschaft zu einer gemeinsamen Reichsliste von KPD, SPD und SAP aussprechen!

*

In Glogau hatte der Erwerbslosen- und Aktionsausschuß alle Arbeiterorganisationen eingeladen. Da die von der SPD geführten Organisationen nicht und nur SAP und KPD erschienen, wurde noch einmal eine öffentliche Einladung ausgegeben. Aber auch in einer von fast 400 Erwerbslosen besuchten Versammlung blieben die SPD-Vertreter noch aus. An der Gründung eines Massenselbstschutzes schlossen sich sofort 100 Erwerbslose an. Auf SPD und Reichbanner wird von ihren Mitgliedern zur Teilnahme eingewirkt. Die Eiserne Front ist vorläufig noch eingerostet, ihre Führer lehnen die Einheitsfront solange ab, „als die Kommunisten im Landtag mit den Nazis zusammenstimmen". Unser Berichterstatter teilt mit, daß dennoch ein allgemeines überparteiliches Zusammengehen erreicht werden dürfte.

Die Anklage der alten Beamten-Pensionäre

Die „Allgemeine Vereinigung deutscher Beamten im Ruhestande, Wartegeldempfänger und deren Witwen", Bezirk Groß-Berlin, nahm in ihrer Hauptversammlung folgende Entschließung einstimmig an:

„Die heutige Hauptversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den neuen Notverordnungen der Reichs- und Preußischen Regierung, die eine doppelte, unerträgliche Kürzung der Bezüge der Ruhestandsbeamten und insbesondere deren Witwen vollzieht.

Die übergroße Mehrheit unserer Kollegen und Kolleginnen lebt in verzweifelter Not und hat oft kaum die Bezüge der Wohlfahrtsempfänger. Als besondere Härte wird empfunden, daß fast alle unsere alten Pensionäre, die jahrzehntelang, bei unzureichenden Gehältern, der Gemeinschaft gedient haben, unter die erhöhten Abzüge fallen, da sie naturgemäß zu den Kinderlosen gerechnet werden."

In der Diskussion kamen erschütternde Anklagen gegen die Regierung zum Ausdruck. Rentner, die nun von ihren 100 Mark dem Reich noch 1,50, Preußen gar 5 Mark opfern sollen; Witwen, die von 45—50 M. kümmerlich vegetieren Wartegeldempfänger, im besten Mannesalter, sind auf „Nebenarbeit" angewiesen und willkommene Ausbeutungsobjekte der Unternehmer. Es ist wahrlich schade, daß Herr von Gayl nicht gehört hat, wie die „gesicherte Lebensstellung" seiner alten Beamten aussieht. Die Enttäuschung und Erbitterung sind übergroß.

Kleine Lektion für Papen

Der katholische Junker, den der Präsident von Hindenburg in offener Verletzung des Wortlauts des Verfassungsartikels 54 („Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags") und von dessen durch alle Kommentatoren festgestellt-Sinn (z. B. Professor Anschütz: Der Auftrag des Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung darf sich nur auf solche richten, von denen vorauszusetzen ist, daß sie das Vertrauen des Reichstags auch wirklich besitzen . . .) zur Führung der Regierungsgeschäfte berufen hat, gab dieser Tage dem Pariser „Petit Journal" ein Interview und bekannte sich darin als Befürworter eines deutsch-französischen Militärbündnisses, das sich gegen die Sowjet-Union richten müsse. Von Papens Schluß hieß: „Mögen doch unsere Generalstäbe sich einmal zusammensetzen . . ."

Sicherlich ist von Papen kein Musterbild eines Psychologen. Schon seine ausgedehnten usamerikanischen Erlebnisse sprechen gegen so optimistische Annahmen. Aber den Franzosen, für die immerhin kein Vertrauensmann des bei den letzten Wahlen so vernichtend geschlagenen Hütten-Comités, wie Tardieu, sondern ein Herriot das Wort führt, ein Militärbündnis von gleich zu gleich anzubieten und ihnen gar vorzuschlagen, ihrem erzreaktionären Militärspezialisten, dem General Weygand, der noch nie etwas zu melden gehabt hat, Verhandlungsvollmacht zu geben, das heißt doch, den Gipfel der Tölpelei ersteigen. In Frankreich haben die Staatsmänner, selbst während der dunkelsten Kriegstage, die Militärs nicht regieren lassen. Der große Jakobiner Georges Clemenceau sagte, „Der Krieg ist eine viel zu ernste Angelegenheit, als daß man ihn den Generalen überlassen dürfte . . ."

Von Papens Anregung muß bei Herriot und den Seinen ein Hohngelächter geweckt haben. Und selbst die französischen imperialistischen Kreise, die den Interventionskrieg gegen die Sowjets wirklich wollen, bedanken sich dafür, Deutschlands Imperialismus zu diesem Zweck bewaffnen zu helfen, um damit zugleich für einen nicht viel späteren Zeitpunkt die eigene Sicherheit in Frage zu stellen. Wenn solch ein Ernstfall, wie von Papen ihn unverhohlen ersehnt, eintreten sollte, so wird Deutschland als Landsknecht nicht bloß Frankreichs, sondern auch Polens, marschieren. Die Herren Herriot und Paul Boncour werden einen vergnügten Tag gehabt haben, als von Papens Interview vor ihre Augen kam.

Wir internationalen Sozialisten haben gewiß kein Vertrauen in den Genfer Völkerbund. In seinen Gremien findet der Wille der Völker keinen Ausdruck. Ihn beherrschen zur Gänze die imperialistischen Regierungen. Aber der Artikel 1 des Völkerbundspaktes, des Covenant, setzt als zwingende Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Gesellschaft der Nationen fest, daß die in ihm zusammengeschlossenen Völker nur Nationen sein können, „die sich frei regieren" („qui se gouvernent librement"), deren Regierungen aus gewählten Volksvertretungen ausgewählt sein und deren Mehrheiten ihnen das Vertrauen gegeben haben müssen?

Wir stellen die Frage ganz theoretisch und ohne innere Anteilnahme: Müßten nicht Herriot und die andern Hauptbähne der Genfer Institution, ihrem „Kollegen" von Papen einmal die Frage vorlegen, ob seine „Regierung" diesen Voraussetzungen entspreche?

Und welche Antwort würde von Papen dann geben können? Wird er erwidern, daß in Deutschland das Vertrauen des Reichspräsidenten neuerdings die vollgültige Legitimation für jeden beliebigen Verein vorstelle, Regierungsgeschäfte (und Einiges darüber!) auszuüben?

Vielleicht erinnert sich von Papen bei dieser Gelegenheit auch daran, daß der ihm persönlich nicht ganz unbekannte frühere Staatssekretär der USA, Robert Lansing, eine seiner von der damaligen Kaiserlichen Reichsregierung ausdrücklich angenommenen Noten (im Zuge der Vorverhandlungen zum Waffenstillstand vom 11. November 1918) mit den Worten schloß: Deutschland müsse Gewähr dafür geben, daß die durch Verfassungsänderungen vom Oktober 1918 eingeführten demokratisch-parlamentarischen Regierungsformen Bestand haben würden; Deutschland müsse Gewähr dafür geben, daß die Welt bei Ausführung des Friedensvertrages nie wieder mit den monarchischen, autokratischen und oligarchischen Spitzen zu tun haben werde, die den Krieg verschuldet und Deutschland bis zum Zusammenbruch unumschränkt beherrscht hätten . . .

Diese Gewähr hat Deutschland damals übernommen. Wo ist sie heute? Die Junker herrschen schrankenlos. Kein Verfassungsinstrument schert sie. Kein Mann ihrer „Regierung" ist aus der Volksvertretung hervorgegangen, die zu allem Ueberfluß in krassem Verfassungsbruch aufgelöst worden ist.

A. Kopp.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioübertragung, vorbehalten.

35. Fortsetzung.

Hans sitzt und wartet, und er überlegt mal das und mal was anderes. Ein Zeitungsblatt wandert herum. Einer gibt es dem anderen. Was alles in der Welt vorkommt?

Der Höhenluftrekord ist gebrochen . . . . Es werden in Deutschland jährlich 6,97 Milliarden Zigarren und 82,088 Milliarden Zigaretten geraucht . . . Einem Betrügerkonzern ganz großen Formats ist man auf die Spur gekommen. In Kiel ist die Vergnügungsjacht eines amerikanischen Multimillionärs vom Stapel gelaufen. Sie kostet zwei Millionen Dollar . . .

Wieviel Uhr ist es eigentlich? Niemand will es wissen. Mittags gibt es Suppe. Abends gibt es Essen. Der Aufstand in den Räumen dauert eine Stunde. Eine Weile ist es etwas freundlicher hier drin. Es ist wieder eine Hoffnung da. Das Essen ist fertig. Aber auch diese Stunde geht vorüber. Die Unruhe ebbt ab. Es wird wieder stille. Bis dann gegen Abend die Klinkenputzer und Hofsänger von der Arbeit kommen. Hier werden Geschäfte gemacht. Brote ausgetauscht, verkauft, Strümpfe und ein Hemd abgestoßen. Aber dann gibt es auch eine Schlägerei. Die Enttäuschung eines langen Tages treppauf und treppab entlädt sich in einem Fluch, und schon rollen zwei an der Erde. Fünf oder sechs stehen herum und sehen zu . . .

Hans sitzt an seinem Tisch. Er ist heute nicht einen Augenblick lang aus dem Hause gegangen. Warte nur, bald kannst du wieder laufen. Hans hat Angst vor der Münzstraße. Es soll ihm niemand begegnen, weil er jetzt Schluß gemacht hat. Nichts soll ihn daran erinnern . . .

*

Der Donnerstag und dann der Freitag gehen so vorüber. Am Freitag muß er doch einen Gang durch diese Straße und zwei, drei andere machen. Hans geht wie ein Dieb ohne Aufenthalt und voll Angst. Nicht stehen bleiben, du hast hier nichts zu suchen. Die Polizei kann mich festnehmen: Schulze ist aus der Fürsorge entlaufen. Es schwebt noch ein Strafverfahren gegen mich. Herr Leukel, helfen Sie mir . . .

Am Sonnabend ist noch keine Antwort aus der Anstalt da, aber Montag hat Herr Leukel das Schreiben vor sich liegen . . . Hans sitzt draußen vor der Tür. Es warten noch drei oder vier andere Jungen neben ihm. Herr Leukel muß in zehn Minuten zum Gericht. Heute steht der große Prozeß gegen die sieben Jungen aus der Clique „Wiesenpenner" an, die eine hübsche Anzahl von Diebstählen, einfachen und schweren, hinter sich gebracht haben. Sieben sind hochgegangen. Der Rest ist Schweigen . . .

Herr Leukel hat wenig Zeit, aber er findet keinen Anfang. Er muß doch jetzt Hans hereinrufen und ihm Bescheid geben: Es ist vergebens . . . Sei vernünftig . . . geht nicht anders . . . Herr Leukel rührt sich nicht . . . noch fünf Minuten . . . Das Telephon klingelt. „. . . Ja, ja, ich komme mit vorbei . . . ja, ja, ich hab dran gedacht . . . Der Fall ist nicht leicht, aber der Meister will die frühere Lehrzeit anrechnen . . ." Herr Leukel ist fertig. Seine Stimme krächzt. Er starrt auf das Schreiben vor sich. Die Jungen sitzen draußen. Hans wartet.

„Ich gehe nicht raus . . . Ich sage es ihm nicht . . ." Elf Uhr, Herr Leukel, der Termin beginnt . . . ich kann nicht weg. Was soll ich denn dem da draußen sagen?

Zustand der Ordnung . . .?

Das Telephon klingelt.

Herr Leukel rührt sich nicht. Es schrillt noch einmal. Der Ton hängt noch eine Weile im Zimmer, und dann bleibt es still.

Herr Leukel wartet, vielleicht klingelt es zum dritten Male . . .

Er wird den Hörer nicht abnehmen, von daher kommt ja auch keine Aenderung mehr.

„. . . müssen wir darauf bestehen, daß der Jugendliche uns wieder zugeführt wird. Die Anstaltsordnung muß erst wiederhergestellt werden, ehe überhaupt an eine Stellungnahme zur Beurlaubung oder Entlassung gedacht werden kann . . ."

Ich will gerecht sein. Was soll denn die Anstalt anders machen?

Nein, Herr Leukel kann nicht gerecht sein. Diese Gerechtigkeit erkennt er nicht an. Das ist keine Ordnung, das ist Anarchie. Hier geht ein Mensch zugrunde. Schluß, Schluß . . .

„Ach, Sie sind das . . . das ist nett, Hans, aber leider . . . es ist noch immer keine Antwort da. Ja, . . . ich werde heute mal erinnern . . . Kommen Sie morgen, nein, lieber übermorgen nochmal wieder. Dann ist bestimmt was da . . ."

„Und Sie . . . was verdienen Sie denn jetzt . . .?"

„Na, Karle, alter Elefant, wirst ja jeden Tag dicker. Immer gesund und munter? Wie geht's zu Hause? . . . Schön . . . Schön . . ."

Tempo . . . Tempo . . . ich muß zum Gericht.

Herr Leukel, Hans hat Ihre Ausrede gemerkt. Haben Sie gesehen, wie der Junge Sie voll Angst angestarrt hat? Der weiß bald, was los ist.

Ach, das ist mir einerlei . . . wenn er doch nur verschwinden würde . . . Ich muß ihn ja jetzt festnehmen lassen . . . Nein, er soll nicht verschwinden. Wir müssen ihm helfen. Wie der Junge einen verzweifelt anguckt? Der kann doch nicht mehr in die Anstalt zurück. Da sitzt doch was fest . . . Herr Leukel, denken Sie an Ihr Amt. Sie müssen heute oder morgen den Jungen der Polizei übergeben . . .

Der Kampf geht hin und her. Herr Leukel steht fest. Wie alt sind Sie, junger Mann? Da gehören Männer hin. Sie müssen weniger denken. Der Zustand der Ordnung ist eine große Sache . . .

Gerade wird beim Schöffengericht in Moabit die Sache gegen die Bande „Wiesenpenner" aufgerufen . . . Herr Leukel kommt noch zeitig genug.

*

Am Nachmittag geht Hans durch die Königstraße. Nur nicht stehen bleiben. Morgen oder übermorgen darfst du dich wieder hier sehen lassen. Dann bist du wieder ein freier Mensch. Die Menschen eilen heute, sie stoßen ihn. Paß auf, Hans, niemand hat hier Zeit. Aus dem Wege, Hans . . .

Drei junge Mädchen kommen schräg über den Fahrdamm . . . Was die nur lachen . . .?

Das ist doch . . . das ist doch . . . ganz gewiß ist sie das . . .

Hans hört Trommeln. Es donnert . . . die drei Mädchen kommen näher. Da sind sie, neben ihm, keine sieht herüber . . . Hans zittert an allen Gliedern. Menschen sehen nach ihm: Junge, Junge, wie siehst du aus, wohl deine alte Flamme? . . . Hans ruf doch . . . schrei doch . . .

Lissi . . . Lissi . . .

Nichts . . . Die Mädchen gehen schon davon. Andere Menschen schieben sich dazwischen. Lissi . . . hör doch . . . hier ist Hans . . . Lissi hört nichts . . . Hans ruft ja nichts . . Noch mehr Menschen schieben sich dazwischen. Die drei sind ja nicht mehr zu sehen. Und da kommt wieder Leben in Hans.

I-G. Deutschland — Ein Staat im Staate*

Geheimrat Schmitz, Aufsichtsratsmitglied und Finanzdirektor im großen Chemietrust der IG-Farben AG., begleitete 1931 den damaligen Reichskanzler Brüning auf seiner Reise zu diplomatischen Besprechungen in London. Warmbold, ebenfalls Aufsichtsratsmitglied und Vertreter des IG-Farbentrust, arbeitete durch seinen Rücktritt aus dem Brüningkabinett mit an dessen Sturz. Aber er trat wieder ein in die Papen-Regierung, ein ausgesprochener Industriellen-Vertreter in eine Regierung, die fast nur aus Junkern zusammengesetzt ist und die ganz offen vor allem die speziellen Interessen des Großgrundbesitzes wahrzunehmen sich als Aufgabe gestellt hat. Das zeigt an, daß das Chemiekapital heute im Bündnis steht mit den Junkern. In der Tat setzte sich der IG-Farben-Trust seinerzeit auch für die Osthilfe ein, und er ist heute, obwohl seine Erzeugnisse zu über die Hälfte ins Ausland gehen, ebenso wie die Junker für weitgehende „Autarkie", für Absperrung des deutschen Marktes vom Ausland durch Zollerhöhungen, die sich teilweise direkt wie ein Einfuhrverbot auswirken müssen.

Wie das alles zu erklären ist, und welche Macht die Aufsichtsräte des IG-Farbentrusts, die zugleich seine Direktoren sind, schon seit Jahren auf die jeweiligen Regierungen ausübten, weshalb sie sich mit dem republikanischen Staat sehr wohl aussöhnen konnten und in welch hohem Grade sie die Politik im einzelnen bestimmten, wird in dem vor kurzem erschienenen Buch von Helmut Wickel tief schürfend und mit einer Fülle von Material und Dokumenten belegt, aufgezeigt. Und nicht nur die Rolle und Macht des deutschen Chemiekapitals in Deutschland wird dem Leser veranschaulicht, sondern auch seine trotz des für Deutschland verlorenen Krieges allmählich wieder erreichte Durchdringung des Weltmarktes und teilweise auch politische Beeinflussung der verschiedenen Staaten. Dabei wird auch die Lage und der Einfluß der chemischen Industrie in Frankreich, England, Japan, in den Vereinigten Staaten u. a. sehr eingehend behandelt. Im Zusammenhang mit den Versuchen der Kohleverflüssigung erhält der Leser ein Kolleg über die gegenwärtige Lage und die Interessenverwicklungen auf dem Erdölmarkt auf Grund seiner Stickstoffinteressen hat der IG-Trust einschneidend die Lage in Chile beeinflußt — in diesem Kapitel werden interessante Aufschlüsse auch über die Hintergründe der zur Zeit in Chile vor sich gehenden Kämpfe um die Staatsmacht gegeben. Es wird das Eindringen des IG-Farbentrusts in die Automobilindustrie geschildert, seine Verbindung mit der Textilindustrie und speziell seine Rolle auf dem Gebiet der Kunstseidenindustrie, es werden alle Gebiete behandelt, auf denen der IG-Trust durch seine vielverzweigte, aber doch logisch aufeinander aufgebaute Produktion vertreten ist.

Das Buch will nicht nur Tatsachen schildern, sondern noch mehr wohl an den Tatsachen die Widersprüche, und vom Arbeiterstandpunkt und überhaupt einem wahren gesellschaftlichen Standpunkt aus die vielfache Sinnlosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufzeigen. So wird an verschiedenen Punkten auch sehr klar dargelegt, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise zu einer Fessel der Weiterentwicklung geworden ist. Das ganze Buch ist ferner durchzogen von dem Versuch, aufzuzeigen, wie die Wissenschaft, in diesem Fall speziell die chemische Wissenschaft, immer ausgesprochener von der freien Forschung in den Dienst ganz bestimmter Profitinteressen gerät und schließlich „das Forschen zum Monopol der industriellen Monopole" wird. Hierbei wird, speziell an dem Zurückbleiben der französischen chemischen Industrien gegenüber der deutschen, nebenbei auch gezeigt, wie die Patentgesetzgebung — je nach ihrer Gestaltung — zum fördernden oder hemmenden Faktor der Wirtschaftsentwicklung wird. Ein besonderes Kapitel ist den Kriegsrüstungen, insbesondere dem Gaskrieg, gewidmet und wird die Verlogenheit der kapitalistischen Abrüstungsreden dabei ins richtige Licht gerückt.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Einheitlichkeit und Straffheit des Buches unter der Fülle des Materials und den verschiedenen Gedankengängen, die darin durchgeführt werden sollen, etwas leidet. Besonders der Anfang scheint uns etwas zu sehr mit chemisch-wissenschaftlichen Darlegungen beschwert. Doch ist das Ganze außerordentlich lehrreich zugleich auch als Kampfschrift gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem. Es wäre nur zu wünschen, daß recht viele von den Lesern des „Bücherkreis"-Verlages aus dieser von einem anderen Standpunkt aus geschriebenen Schrift, als man sie sonst von dieser Stelle gewöhnt ist, auch die sich aus ihr ergebende weitere Schlußfolgerung ziehen, nämlich, daß die Arbeiterschaft gegen dieses System heute kämpfen muß, und daß es eine Illusion ist, noch weiter im Rahmen dieses Systems und durch Duldung von Lohnabbau, Sozialabbau usw. noch einen Aufstieg zu erwarten. I. R.

*) I-G Deutschland. Ein Staat im Staate von Helmut Wickel, Verlag Bücherkreis 1932, 219 Seiten. Ganzleinen 4,30 M.

Solidarität der Buchdrucker

Heute abend läuft die Kündigungsfrist der graphischen Hilfsarbeiter ab. Kommt es nicht in letzter Minute noch zu einer Verständigung, dann treten in Berlin und in einer Reihe weiterer Städte die graphischen Hilfsarbeiter in den Streik. Allerdings sind einflußreiche Kreise in beiden Lagern unter Führung des Reichsarbeitsministeriums zur Zeit dabei, den offenen Kampf zu verhindern.

Seit Mittwoch früh finden auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums vor dem Schlichter in Frankfurt a/Main Verhandlungen fürs ganze Reich statt. Die graphischen Hilfsarbeiter müssen sehr auf der Hut sein, daß sie hier nicht mit einem faulen Kompromiß vor fertige Tatsachen gestellt werden. Für sie gilt es heute: **die letzten Vorbereitungen zur einheitlichen und entschlossenen Durchführung des Streiks zu treffen. Keinen Pfennig Abbau, nicht die geringste Verschlechterung des Manteltarifs, andernfalls Streik!**

Die Betriebsräte-Versammlung der Berliner Buchdrucker am Mittwoch abend hat sich mit erfreulicher Deutlichkeit für unbedingte Solidarität mit den Hilfsarbeitern ausgesprochen, indem für den Fall des Streiks durch ausdrücklichen Beschluß festgelegt wurde:

1. **Verweigerung jeglicher dem Hilfspersonal zustehenden Arbeit;**
2. **Keinerlei Anlernen von etwaigen Streikbrecherersatzkräften;**
3. **Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit Streikbrechern.**

Wir sind überzeugt, daß diese Maßnahmen von jedem Buchdrucker, in vollem Bewußtsein der daraus entstehenden Konsequenzen, aufs genaueste durchgeführt werden.

Gescheiterte Verhandlungen in der Schuhindustrie

Die in Frankfurt a. M. geführten Verhandlungen über den von den Schuhindusrtiellen gekündigten Reichslohn- und Manteltarif sind gescheitert. Die Unternehmer blieben nicht nur bei ihrer Lohnabbauforderung von 24 Prozent, sondern verlangten auch noch Kürzung der Urlaubsbezüge zunächst für alle Kurzarbeiter und als das abgelehnt wurde, generelle Kürzung aller Urlaubsbezahlung um 50 Prozent. Die Gewerkschaften lehnten beides rundweg ab, worauf die Verhandlungen scheiterten. Bleiben — hoffentlich! — die Gewerkschaftsführer fest, dann muß es in der Schuhindustrie zu schweren Kämpfen kommen.

Immer weiter in den Bankrott

Die Kohlenzeche „Niederrhein" bei Neukirchen mit 1700 Angestellten und Arbeitern hat vor einigen Tagen die Stillegung beantragt. Dazu wird nun gemeldet:

Neukirchen, 21. Juni. Zu dem Stillegungsantrag der Zeche Niederrhein wurde in der Gemeinderatssitzung am Dienstag Stellung genommen. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß bei Durchführung der Stillegung die Wohlfahrtslasten der Gemeinde auf 683 000 Mark jährlich ansteigen würden.

Richtigstellung

In der gestern in der „SAZ" unter der Ueberschrift „Die SAJ stellt sich um" veröffentlichten Zuschrift heißt es u. a.: „Wir haben es ja immer gesagt, nicht nur der Vorstand des Metallarbeiterverbandes türmt nach Stuttgart." Der Einsender dieser Notiz hat hier offenbar die vor einigen Tagen in der „Welt am Abend" verbreitete Nachricht über den Metallarbeiterverband für bare Münze genommen. Die Redaktion hat diese Bemerkung in der Notiz übersehen und daher versehentlich durchgehen lassen. Wir bedauern das und wollen hier ausdrücklich erklären, daß wir von der offensichtlich falschen Behauptung der „Welt am Abend" abrücken.

Die Redaktion.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr Klaus Zweiling, Berlin, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung" erscheint täglich außer Montag.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Freitag, den 24 Juni 8 Uhr
Wiener Blut
Schauspielhaus am Gendarmenmarkt
Freitag, den 24 Juni 8 Uhr
Geschichte Gottfriedens von Berlichingen
Schillertheater
Freitag, den 24. Juni 8 Uhr
Abschied von der Liebe

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2947
Freitag, den 24. Juni 8¼ Uhr
Geld ohne Arbeit
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Norden 7 Weiche 1472
Freitag, den 24. Juni 8.30 Uhr
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne 5.30 Uhr:
Konzert und Varieté 8.15 Uhr
Zigeunerliebe

Theater des Weddings
Müller- Ecke Seestraße
Skandal in der Parkstraße
mit Senta Söneland
dazu
Große Fahrt
Sensation aus dem wilden Westen
Sonntags, 1, 3 Uhr, Jugendvorstellung:
Die große Fahrt

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der tolle Bomberg
und
Mädchen zum Heiraten

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
2 Groß-Tonfilme:
Peter Voß, der Millionendieb
dazu:
Der Boss
(eine ganz tolle Angelegenheit)
Anfangszeiten Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Niemandsland
und
Buffalo Bill
1. und 2. Teil

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Der große Sensationsfilm:
Es geht um alles
mit Gambino, Albertini, Eddi Polo, Ernst Verebes, ferner Martha Eggerth in
Eine Nacht im Grandhotel
außerdem Szöke Szakall in
Ein harmloser Fall

M·I·L·A Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 120
Das sensationelle Doppelprogramm!!
Der Film für Sie!
Frankenstein
das umstrittendste Film-Werk der Welt-Produktion
Ferner: Hansi Niese in
Ein süßes Geheimnis
mit Else Esther, Harry Hardt, Lia Eibenschütz, Grit Haid, Andre Mattini, Teddi Bill, Hans Marr.
Ein Film, der zu den Herzen der Menschen spricht!!!

HAUS VATERLAND KURFÜRST 2480
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Inserieren bringt Gewinn

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75, Stiefel 3,75, neue Schaldecken 0,95, 1,65, Monteurjacken und Hosen 1,10, Militärunterhosen und Hemden 0,75 M., Lautschuhe 0,98 M., neue Arbeitshosen, englisch Leder, 3,80 M., neue Schnürschuhe Militärart Volleder (kein Spaltleder) 4,90 M., neue Militärtuchschuhe, Ledersohle 1,30 M., Militär-Drelljacken 1,10, Hosen 1,10, Ia Windjacken 4,85, moderne Kletterwesten 4,90, neue Ia Reinwollsocken 0,75, reinwollene Pullover 2,90, Trainingsanzüge 4,90, Ia Polohemden, lange Aermel 1,95 M. Alles zum Aussuchen Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M neue Hosen, gebrauchte Hosen 2,50 M., Ia Manchesterhosen 5,75, Ia Köperbarchent-Arbeitshemden 1,95, Ia Sporthemden, fester Kragen, mit Krawatte 2,90, Zeltbahnen, Zelte, Wanderartikel, Rucksäcke, neue Lederjacken, Schlosserhemden, Packerblusen, Arbeitskittel, Breecheshosen 4,90 Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang Versand nach außerhalb gegen Nachnahme Umtausch gestattet Einzelverkauf Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3, Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Dtsch.-Amerikanisches Theater
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 68
Kuhle Wampe
mit Ernst Busch, Hertha Thiele
dazu
Einmal möchte ich keine Sorgen haben
mit Max Hansen
Anfangszeiten Wochentags und Sonntags: 5, 6.10, 7.40, 9 Uhr

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334
Verlängert
Marlene Dietrich
„Schanghai-Expreß"
der erfolgreiche Tonfilm der Saison
Ufa-Tonwochenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwerbslose 0.40 RM
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 10 U. nachts.
Jetzt Tag- u. Nachtkino Berlins

Kampfsignal heute neu

Sachsen

Reichs-Arbeiter-Sporttag Planitz

Am 25. Juni
Geselliger Abend im Volkshausgarten
Mitwirkende: Vorwärts, Frohe Laune, Touristen, Volkschor Kollegial, Tanzkreis, Radfahren.

Am 26. Juni
Straßenstafette, 13 Uhr Festzug.
Auf dem Städtischen Sportplatz: Fuß-, Hand-, Radballspiele, Ring- u. Boxkämpfe.

Die Arbeiterschaft von Planitz und Umgegend ist hierzu herzlich eingeladen.

Die Kartelleitung

Mitte Juli erscheint:
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Vorzugspreis 4.50 statt 9.50
Dieser so außerordentlich billige Preis ist nur zu halten, wenn die Bestellungen sofort eingeschickt werden. Die Lieferung zu diesem ermäßigten Preis kann nur nach Vorauszahlung oder per Nachn. erfolgen. Vorausbest. durch:
Freie Verlagsgesellschaft
Berlin O 27, Magazinstraße 15/16

Freie Turnerschaft
Mylau i. V.
Am Sonntag, dem 26. Juni, findet unser
Schauturnen
statt. Einem zahlreichen Besuche der Einwohner sowie der Brudervereine sehen entgegen
Die Vorturnerschaft
Der Turnrat
Programmauszug:
Abmarsch von Kiesgrube: 1.30 Uhr. Freiübungen und Tänze der Kinder, Turner und Turnerinnen. Geräteturnen. Festfanfare. Spielleute u. städt. Kapelle. 1500- u. 800-m-Lauf. Massenspiele als Abschluß.
Ab 19 Uhr. TANZ in der Turnhalle.

Hast Du schon einen Gutschein für die Presse der SAP gekauft?
Kaufe sofort einen Gutschein beim örtlichen Parteivorstand oder bei der
Freien Verlagsgesellschaft G. m. b. H.,
Berlin O 27, Magazinstraße 15/16
Postscheckkonto: Berlin Nr. 151 261